Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag, nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1945. 1047. 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 105649. Reichskrob Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 8. Februar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 32

Verhindert Sprengung der Einheitsfront

Arbeiter, Klassengenossen!

Der Parteivorstand der SPD. und der Bundesvorstand des ADGB. haben eine Offensive gegen die sich bildende Einheitsfront des Proletariats begonnen.

Die Instanzen beschuldigen die Kommunistische Partei der „Spaltungstaktik", der „Zersplitterungsarbeit im Kampf ums Dasein" betreiben. Der Bundesvorstand des ADGB. beschuldigt die Kommunistische Partei, „wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Betriebsolosen" zu betreiben.

Wie liegen die Dinge?

In der zentralen Verhandlung zwischen KPD., SPD., ADGB. und Reichsausschuß über die Durchführung des Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser wurde beschlossen, daß die Selbständigkeit jeder Organisation in der Durchführung der Kampagne gewahrt bleibt.

Dieser Beschluß ist eine Selbstverständlichkeit. Denn keine Partei, keine Organisation wird das Recht, selbständige Veranstaltungen durchführen, aufgeben.

Der schließlich dieses selbständige Recht jeder Organisation etwa die Möglichkeit aus, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Demonstrationen, gemeinsame Maßnahmen zur Durchführung dieser und anderer Forderungen im Interesse der werktätigen Schichten zu ergreifen?

Der Arbeiter wird darauf mit einem Nein antworten.

Der Arbeiter wird zugeben müssen, daß gerade in der heutigen Zeit die zwingende Notwendigkeit vorliegt, über den Rahmen einer Partei hinaus

die gesamte Arbeiterklasse zu einheitlichen Kraftanstrengungen zusammenzufassen.

Die arbeitenden Massen selbst beginnen, dies zu erkennen. In vielen Orten und Städten sind Einheits- und Aktionskomitees gebildet worden.

Bezweifeln diese Komitees eine Schwächung der Arbeiterbewegung, wie der Bundesvorstand des ADGB. es behauptet? Jeder Arbeiter wird mit uns antworten: Das Gegenteil ist der Fall. Der gemeinsamen Arbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern wird sich eine große Stärkung, vor allem der Gewerkschaftsbewegung, ergeben.

Nicht die Komitees werden sich nicht auf die Durchführung des Volksentscheids beschränken, sondern sie werden in gemeinsamer Arbeit Millionen von Klassengenossen den Gewerkschaften als Mitglieder zuführen.

Solche Arbeit wird die Durchführung der großen Wirtschaftskämpfe nicht erschweren, sondern erst ermöglichen.

Überall setzt der Lohndruck der Unternehmer ein.

Jetzt wird die große Wirtschaftskrise von den Unternehmern benutzt, um die Ausbeutungsmethoden zu verschärfen, die organisierten Arbeitslosen als Lohndrücker zu verwenden, den Kampfwillen der Gewerkschaftsleitungen zum Schaden der Arbeiterklasse auszunutzen.

Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterklasse: Wir wollen keine wilden Streiks.

Wir wollen den organisierten, machtvollen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive.

Wir wollen aber verhindern, daß die Unternehmer ihre Absichten erreichen können. Darum darf es keine Arbeitsgemeinschaft mit der reaktionären Klasse geben.

Der Bundesvorstand des ADGB. hat kein Recht, der Kommunistischen Partei Zersplitterungstaktik vorzuwerfen. Die Kommunistische Partei in Rheinland-Westfalen war bereits an die Gewerkschaften gewandt hat mit dem Vorschlag, eine einheitliche Aktion der Industriearbeiter des Gebiets herbeizuführen, da die Unternehmer heute schon mit brutaler Offenheit eine Reduzierung der Löhne von 20 und 25 Prozent verlangen.

Der Bundesvorstand des ADGB. hat vielmehr die Pflicht — besonders nach den Erfahrungen seit 1918 —, die Leitung des Bergarbeiterverbandes zur Ordnung zu rufen, die im gegenwärtigen Moment über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Grubenbaronen verhandelt.

Die deutsche Arbeiterklasse muß und wird begreifen, daß

nur der Weg, den die KPD. zeigt, aus dem Elend der Gegenwart führen kann.

Es ist der Weg, den die englischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gegangen sind, als sie den Angriff der Grubenkapitalisten zurückschlugen durch die einheitliche Aktion des Generalrats der britischen Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des ADGB. muß diesen Weg beschreiten! Das wird immer stärker, millionenfach, auch der Ruf der sozialdemokratischen Arbeiter werden. Die Kommunistische Partei wird in diesen beginnenden großen Kämpfen ihre Pflicht tun.

Es muß verhindert werden, daß ein Gegensatz zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen geschaffen wird. Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter wird dies verhindern. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter müssen ausreichend unterstützt, müssen wieder in den Produktionsapparat eingereiht werden.

Neben der Vorbereitung dieser großen Kämpfe stehen vor der deutschen Arbeiterklasse andere wichtige Aufgaben.

Warum soll eine Regierung Luther auch nur für einen Tag länger leben?

Handelt sie nicht täglich gegen die Interessen der werktätigen Massen? Ist sie nicht, wie die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" selbst sagte, eine Regierung des Groß-Bürgerblocks?

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, jedes Mitglied der Gewerkschaften wird mit uns der Meinung sein:

diese Regierung muß gestürzt werden, der Reichstag muß aufgelöst und Neuwahlen erzwungen werden!

Die sozialdemokratischen Führer aber wollen immer noch die Große Koalition. Darum haben sie durch Stimmenthaltung im Reichstag der Regierung das Leben ermöglicht und die Verantwortung für die Taten dieser Regierung übernommen.

Wie im Reich, so ist es in den Ländern. Wenn sich die werktätigen Massen die Hand reichen, können die reaktionären Regierungen in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg, kann der Koalitionssenat in Hamburg gesprengt und beseitigt werden.

Was sehen wir jedoch? Der Landesparteitag der SPD. in Sachsen hat die Auflösung des Landtags beschlossen. Aber die sozialdemokratischen Minister pfeifen auf den Willen der Arbeiter, auf den Willen der Mitglieder ihrer eigenen Partei. Diese rechte Führerclique ist auf Leben und Tod mit der Bourgeoisie verbunden, und nur wenn die sozialdemokratischen Arbeiter mit eiserner Entschlossenheit den Kampf gemeinsam mit uns aufnehmen, wird der Weg frei werden für einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung.

Darum rufen wir allen Arbeitern zu:

Duldet keine Verhetzung der Arbeiterklasse durch bürgerliche Führer!

Reicht uns die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen Lohndruck und Arbeitslosigkeit!

Schafft das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum!

Kämpft für die Enteignung der Fürstenhäuser!

Kämpft gegen die Luther-Regierung, für die Auflösung des Reichstags und für Neuwahlen!

Zentralkomitee der KPD.
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Berlin, den 6. Februar.

Auf dem Wege zur Zentralarbeitsgemeinschaft

Kapitalistische oder proletarische Einheitsfront?

In einer Situation, wo eine katastrophale Wirtschaftskrise wütet, Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter auf der Straße liegen, die Unternehmer unerhörte Lohnkürzungen diktieren und in den Massen der Wille zum geschlossenen Widerstand wächst, soll die Arbeitsgemeinschaft nicht nur im Bergbau, sondern die Zentralarbeitsgemeinschaft wieder aufgerichtet werden. Warum wollen die Schwerindustriellen und Grubenkapitalisten, die Vögler, Thyssen und Konsorten jetzt die Arbeitsgemeinschaft auf zentraler Grundlage erneut ins Leben rufen? Weil sie wie im November 1918 durch die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften ihren Profit und ihre Machtstellung vor den Kämpfen des Proletariats sichern wollen. Arbeitsgemeinschaft mit den reformistischen Führern bedeutet für die Kapitalisten „sozialen Frieden" und Förderung ihrer Interessen.

Auch heute wollen die Schwerindustriellen mit der Arbeitsgemeinschaft die Gewerkschaften zum Werkzeug ihrer Rationalisierungs- und Lohnabbaumethoden machen. Die Kapitalisten sehen die drohende Gefahr der Erbitterung der hungernden Erwerbslosenmassen, den stärker werdenden Kampfwillen des Proletariats gegen die Unternehmeroffensive und die sich bildende Einheitsfront gegen die Fürsten.

Die Unternehmer wissen, daß mit der Verschärfung der Krise sich die Klassengegensätze zuspitzen und größere Bewegungen und Massenkämpfe unvermeidlich sind. Dieser für die Industriellen gefährlichen Entwicklung wollen sie mit der Arbeitsgemeinschaft begegnen. Mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer wollen die Grubenkapitalisten und Industriellen-Verbände jetzt, wo sie teils die Tarife gekündigt haben, wie in der Metallindustrie Rheinland-Westfalens, oder wo sie in nächster Zeit ablaufen, durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft erreichen, daß mit den Gewerkschaften Tarife abgeschlossen werden, die ihnen genehm sind. Lohnerhöhungen sollen verhindert, der Lohnabbau sanktioniert und die Durchführung des Achtstundentages unmöglich gemacht werden. Alles mit Rücksicht auf das „Allgemeinwohl"! Vor allem aber soll das Rationalisierungsprogramm auf Kosten der Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaften durch die Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden. Die Rationalisierung, die eine bis zum äußersten gesteigerte Ausbeutung der Lohnsklaven bedeutet, kann nur durchgeführt werden, wenn keine Streiks zu befürchten sind und Ruhe in den Betrieben herrscht. Durch die Arbeitsgemeinschaft soll diese Sicherheit und Ruhe geschaffen werden.

Warum drängen aber die reformistischen Führer des ADGB. im Bunde mit den Hirsch-Dunckerschen und Christen zur Arbeitsgemeinschaft? Weil sie wie immer seit Kriegsausbruch eine Politik betreiben, die den Kapitalismus 1914 vor der sozialen Revolution retten und einen „Damm gegen die bolschewistische Flut" bilden soll. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sehen in der Verständigung in der „wirtschaftlichen Gleichberechtigung" zwischen Kapitalisten und Arbeitern eine Möglichkeit, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, deshalb sind sie eifrige Befürworter der Großen Koalition. Darum sind sie in Breslau auf dem Gewerkschaftskongreß für die „Wirtschaftsdemokratie" eingetreten und haben in Amerika die Ford-Methoden studiert, um in Deutschland die Rationalisierung der Wirtschaft nach dem Muster der amerikanischen Ausbeutungsmethoden zu propagieren. Die Reformisten im ADGB. wollen nicht den Klassenkampf und die Einsetzung aller gewerkschaftlichen Machtmittel, um die Interessen des Proletariats gegenüber dem skrupellosen Unternehmertum rücksichtslos zu verteidigen.

In der Erklärung des ADGB. gegen die proletarische Einheitsfront vom 3. Februar steht zwar folgender Satz:

„Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen."

Erstens ist es eine Ueberhebung und Anmaßung sondergleichen, wenn der Bundesvorstand des ADGB. sich als „die Gewerkschaften" betrachtet. Zweitens sind die Gewerkschaften die große Masse der Mitglieder, die auf dem „Gebiete der Abwehr des Unternehmertums" in Gestalt der neuen Arbeitsgemeinschaft völlig ausgeschaltet worden sind. Drittens ist die neue Zentralarbeitsgemeinschaft keine Abwehr des Unternehmertums, sondern eine Zusammenarbeit mit den schlimmsten Scharfmachern, mit den Führern der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Daß eine solche Gemeinsame Zusammenarbeit und Arbeitsgemeinschaft nur den Kapitalisten zu Nutz und Frommen gereicht und die breiten Massen dabei unter die Räder kommen, hat die Erfahrung gezeigt.

Aufgabe der Arbeiter in den Gewerkschaften ist es, die Gefahr der neuen Arbeitsgemeinschaftspolitik scharf zu sehen und mit allen Kräften dagegen anzukämpfen. Nicht Arbeitsgemeinschaft mit den Ausbeutern und Scharfmachern, sondern Einheitsfront der Proletarier in Stadt und Land gegen die Fürsten und die Kapitalistenoffensive muß die Losung sein.

Politischer Aufmarsch trotz SPD.-Führersabotage

Demonstration der SPD. in Leipzig — Rote Frontkämpfer Mehrzahl der Demonstranten

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 8. Februar.

Die Leipziger SPD. hatte, nachdem sie am 27. Januar eine Demonstration zu der von der KPD. veranstalteten wuchtigen Demonstration abgelehnt hatte, gestern zu einer eigenen Demonstration mit Löbe und Dittmann als Redner aufgerufen. Die „Leipziger Volkszeitung" nach dem Muster des „Vorwärts" gemeinsamen Aufmarsch der Leipziger Arbeiter verhindern wollte, marschierten auf Aufforderung der Kommunistischen Frontkämpfer, Reichsbanner, KPD.- und SPD.-Arbeiter in gemeinsamer Front zu Zehntausenden auf dem Marktplatz auf. Die Demonstration fand völlig unter dem Eindruck der roten Front. Rote Sowjetfahnen und kommunistische Transparente überwogen die wenigen schwarzrotgoldenen Fahnen, die nur vom Reichsbanner geführt wurden. Angesichts des Willens der gesamten Demonstranten wagten Löbe und Dittmann nicht, gegen die KPD. und die Einheitskomitees Stellung zu nehmen. Dittmann mußte im Gegenteil die Gemeinsamkeit der Aktion zugestehen. Selbst die reaktionären „Leipziger Neuesten Nachrichten", die die Demonstration aus durchsichtigen Gründen als für Leipziger Verhältnisse für sehr klein erklären, geben zu, daß die Hauptzahl der Demonstranten die roten Frontkämpfer ausmachten.

Riesen-Kundgebung des RFB. im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 8. Februar.

In Dortmund fand gestern das erste Wintertreffen des RFB., Gau Ruhrgebiet, statt. Für den RFB. sprach der erste Bundesvorsitzende, Genosse Thälmann, und für die KPD. der Genosse Florin. Nach der Kundgebung in der „Westfalenhalle" formierte sich ein Demonstrationszug von 20 000 Personen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0001

Die „depossedierten" Fürsten und Standesherren melden ihre Ansprüche an

Renten für den Verkauf der Landeskinder vor 150 Jahren, für aufgehobene Leibeigenschaft, Blutzehnten und Judenabgaben sowie für „eheliche Freuden" vor hundert Jahren!

Im „Berliner Tageblatt" behandelt Ernst Feder eingehend die Rentenforderungen der sogenannten „depossedierten" Fürsten. Diese sieben Fürsten sind schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch das zur Vormacht strebende preußische Königtum abgesetzt und ihr Land zu Preußen geschlagen worden. Diese Fürsten fordern an jährlichen Renten:

Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen (Rumpenheim) 612 000 Mk.;

Friedrich Karl, Prinz von Hessen (Rumpenheim) 96 000 Mk.;

Chlodwig Alexis, Landgraf zu Hessen-Philippsthal 150 000 Mk.;

Ernst Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld

Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal Barchfeld 150 000 Mk.;

Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 181 000 Mk.;

Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 195 000 Mk.;

Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 75 000 Mk.

Diese Renten wurden bis 1923 prompt bezahlt. Gegenwärtig erhalten die „Fürsten" bis zur endgültigen Regelung 30 Prozent **ihrer Forderung als Abschlagsrente.** Die fürstlichen Volksaussauger **wollen natürlich volle Aufwertung haben.**

Interessiert sind die „Rechtsgründe", welche zu den Ansprüchen der hessischen Fürsten führen. Als vor 150 Jahren der regierende **Fürst von Hessen seine Landeskinder den Engländern als Kanonenfutter gegen die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Amerikaner verschacherte, erhielt er dafür Riesensummen bezahlt.** Später wurde dieser Schatz geteilt und die eine Hälfte an das Land und die andere Hälfte dem Fürstenhaus gegeben. Als Preußen 1866 Kurhessen annektierte und die regierende Dynastie absetzte, nahm **sie auch den Thronschatz an sich, weil er nach Preußens Auffassung** nur zur Bestreitung der Repräsentationskosten dem regierenden Fürsten gehörte. Zur „Entschädigung" wurde dem Fürstenhaus eine Rente zugesprochen.

Als das kurfürstliche Haus in den 70er Jahren ausstarb, schloß Preußen einen zweiten Vertrag mit der Linie Hessen-Rumpenheim, die zur Thronfolge und damit auch zum Thronschatz gelangt wäre, wenn (!) die ausgestorbene Linie noch Throninhaberin gewesen wäre. Dafür fordert das Haus Rumpenheim **noch bis heute jährlich 612 000 Mk. aus dem Gelde der preußischen Steuerzahler.** Der jüngere Bruder des Rumpenheimer Landgrafen forderte ebenfalls eine jährliche Rente von 96 000 Mk., die ihm Wilhelm I. seinerzeit bewilligt hatte.

Die Ansprüche der Landgrafen von Hessen-Philippsthal beruhen auf einem dritten Vertrag, den Preußen mit den übrigen Agnaten Hessens geschlossen hatte, und zwar auf eine **Jahresrente von 300 000 Mark.** Die beiden Philippsthaler Linien sind gegenwärtig in einem heftigen Streit, weil der geldsterige Chlodwig-Alexis den bürgerlichen Erben von Ernst Eugen, die seine Halbgeschwister (!) aus einer morganatischen Ehe seines Vaters sind, die zweiten 150 000 Mark abgewinnen will.

Die Ansprüche der beiden Schleswig-Holsteiner Herzöge beruhen darauf, daß die ehemalige Kaiserin Auguste Viktoria mit der Linie Sonderburg-Augustenburg verwandt war und aus dynastischen Familiengründen Riesenrenten den beiden Herzogslinien überweisen ließ, da die Herzöge bis 1864 (!) von Dänemark eine jährliche, sehr bedeutende Unterstützung bezogen haben.

Die 75 000 Mk. Rente für den sehr reichen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen beruht auf einen schon formell ungültigen Vertrag aus dem Jahre 1849 (!), dem seinerzeit der hohenzollernsche Landtag nicht zustimmte.

Auch noch andere Standesherren marschieren auf. Ihre Namen und ihre Forderungen sehen so aus:

„Standesherren"

Otto Fürst zu Salm-Horstmar	60 000 Mk.
Nikolaus Leopold Fürst zu Salm-Salm	58 150 „
Herzog von Croy zu Dülmen	18 000 „
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 560 „
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 250 „
Fürst zu Solms-Hohenjolms-Lich	7 867 „
Engelbert-Maria Herzog von Arenberg	49 500 „
Fürst zu Wied	46 500 „
Gustav Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 300 „
Fürst zu Bentheim-Steinfurth	1 500 „
Die Töchter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz	36 800 „

Diese Herren leiten ihre Ansprüche aus dem Wiener Bundesakt von 1815 (!) her, wo ihnen zwar die Staatshoheit genommen wurde, ihnen aber durch finanzielle Sonderrechte weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden.

Auf solche Weise fordern die „Depossierten" etwa 2 Millionen Mark jährlich an Renten auf Kosten des notleidenden Volkes. Ihre „Rechtsgründe" sind mehr als lächerlich.

Drastisch sind z. B. die Ansprüche der Töchter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz. Der Kurfürst Wilhelm I. von Hessen kaufte (!) bei dem Bankhaus Rothschild (!) den standesherrlichen Rentenanspruch der Fürsten zu Wied-Runkel, die wie irgend ein Börsenpapier gehandelt wurden. Der Kurfürst schenkte dieses Rentenpapier der Gräfin Emilie von Reichenbach-Lessonitz, zu der er in galanten Beziehungen stand, nach eigener Angabe als **„geschenkt für die ihm von der Gräfin in ehelicher Gemeinschaft gespendeten Freuden".** Das war im Jahre 1829! Dafür werden jetzt — hundert Jahre später — noch Rentenansprüche von den Nachkommen der „Freudenspenderin" erhoben.

Die „Kleinen" unter den „Großen"

Neben diesen Ansprüchen der depossedierten Fürsten und Standesherren melden noch zahlreiche Grafen, Freiherren, Barone, kleinere Fürsten ihre Ansprüche für verlorengegangene feudale Erbrechte in kleineren Summen an.

Unter den erblichen Feudalrechten sind Staatsfronden, Jagdfronden, gutsherrliche Fronden, Judenabgabe, Einzugsgelder, Brauthühner und Brauthafer, Tanzerlaubnisgelder und ähnliche mittelalterliche Fronabgaben des ausgebeuteten Volkes an die adligen Raubritter.

Es ist kein Witz: tatsächlich zahlt der preußische Staat an die „kleinen" unter seinen großen Herren heute noch jährlich über 200 000 Mark als Ablösung für jene verlorengegangenen mittelalterlichen Rechte.

Nur der Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der großen und kleinen Fürsten, wird das Volksurteil über diese Raubritter und Volksaussauger fällen.

Ein englisch-lettisches Mordkomplott gegen Sowjet-Rußland

Versuchter Raub der diplomatischen Post — Die Angreifer getötet und in die Flucht geschlagen — Zwei russische Kuriere ermordet

Am 4. Februar, morgens um 6 Uhr, drangen in der Nähe der Station Uexküll, unweit von Riga, in den Expreß Moskau—Berlin eine Reihe von schwerbewaffneten Banditen, die sich sofort nach dem Schlafwagen 2. Klasse begaben, der jeden Freitag für den Kurierdienst der russischen Botschaft Berlin reserviert ist, um sich des diplomatischen Gepäcks der russischen Kuriere zu bemächtigen. Trotzdem die beiden mitfahrenden Kuriere noch schliefen, besahen sie sowieso Geistesgegenwart, während des Ueberfalls den Revolver zu ergreifen, um sich der Räuber zu erwehren. Sie verteidigten sich zuerst ihr diplomatisches Gepäck und zweiten auf die Angreifer aus Reihe von Schüssen ab. Im Verlauf des Feuergefechts wurde der russische Kurier Nette getötet, der Kurier Maksimaitsi schwer verwundet (er ist bereits seinen Verwundungen erlegen). Die beiden Angreifer wurden durch wohlgezielte Schüsse ebenfalls getötet, so daß die Angreifer nicht in den Besitz der diplomatischen Post gelangen konnten. Die noch auf der Plattform befindlichen zwei Banditen, die sich in Reserve gehalten hatten, zogen es vor, im Dunkel der Nacht zu entweichen. So ist der Anschlag, der zweifelsohne der diplomatischen Post galt, abgeschlagen worden, wenn auch dieser Ueberfall mit dem Leben zweier tapferer Genossen bezahlt wurde.

*

Die Erregung in Moskau über diesen unglaublichen Vorfall, der die Erinnerung an den Fall Worowski, den bolschewistischen Gesandten in der Schweiz, der dort hinterrücks erschossen wurde, wachruft, hat zu sofortigen energischen Schritten gegenüber der lettischen Regierung Anlaß gegeben. Die russische Regierung macht die lettische Regierung in jeder Form für den Vorfall verantwortlich, da die lettische Regierung es unterlassen hat, für die Sicherung des Wagens zu sorgen, und es darüber hinaus wohl unzweifelhaft ist, daß das betreffende Ueberfallskommando aus politischen Gründen organisiert worden ist.

Man wird nicht fehlgehen, den eigentlichen Treiber für diesen Mordüberfall bei England zu suchen, das die regsten Beziehungen zu Lettland pflegt, um Lettland als Einfallstor gegen Sowjet-Rußland zu benutzen.

In drei Wochen

ist durch Volksentscheid der Raubzug des Fürstengesindels nicht verhindert. Wohl aber ist in drei Wochen

die „Partei-in-Not"-Kampagne

zu Ende. Eine weitere Verlängerung soll nicht erfolgen. Du hast noch nicht die höchste Aktivität aufgebracht, damit die Sammelaktion

zum vollen Erfolg führt.

Auch Du willst doch mithelfen, den Fürsten die 3 Milliarden abzujagen. Du kannst das, wenn Du

„Partei-in-Not"-Marken

an Sympathisierende und an Deine Bekannten verkaufst.

Tue Deine Pflicht als Kommunist!

Neue Skandalvorgänge im Fememord-Prozeß

Fememordvertrauensleute in der politischen Polizei — Dem Feldwebel Stein wird eine neue Verteidigung verweigert

Wie die bürgerliche Presse meldet, werden diejenigen Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, die im Polizeipräsidium Aussagen gegen die Fememörder gemacht haben, auf Schritt und Tritt beobachtet und verfolgt. Man folgert daraus, daß in der politischen Polizei Berlins ein Vertrauensmann der Feme sitzt, der jede Nachricht und Aussage weiterleitet. Das Berliner Polizeipräsidium erläßt hierzu eine Erklärung, daß diese Angaben nicht zutreffen; die Aussagen würden nur von Kriminalkommissaren protokolliert. Da aber anscheinend Grzesinski selbst seinen Kommissaren nicht traut, fordert er die Vernommenen auf, ihm ihre Beobachtungen mitzuteilen.

Der zum Tode verurteilte Feldwebel Stein hat zur Revisionsverhandlung seinen Verteidiger gewechselt und den Rechtsanwalt Löwenthal zu seinem Verteidiger bestimmt. Löwenthal wandte sich heute an das Landgericht wegen Sprecherlaubnis mit Stein. Der Landgerichtsdirektor Bombe verweigerte sie ihm jedoch mit dem Bemerken, er sehe keinen Anlaß, daß in diesem Stadium ein weiterer Verteidiger eintrete. Er verweigerte auch die Sprecherlaubnis mit Stein, damit Löwenthal von Stein den persönlichen Auftrag zur Uebernahme der Verteidigung bekäme.

Gute Zeiten für Hintermänner der Mordsemé

„Wulle bleibt ungeschoren"

Die Herren Wulle, Kube und der Oberstleutnant Uhlemann sind im Zusammenhang mit dem Fememord ihres politischen Werkzeuges Grütte-Lehder aufs schwerste belastet. In einem Kassiber aus dem Gefängnis drohte Grütte-Lehder, die völkischen Parteiführer als die Mordanstifter preiszugeben.

Wulle hatte ihm wörtlich den Auftrag gegeben, den später von ihm ermordeten Dammers „zu erledigen".

Nun sollte endlich — nach 2 Monaten — das staatsanwaltschaftliche Verfahren gegen Wulle eröffnet werden. So berichtete wenigstens die „Vossische Zeitung". Sollte sich also doch ein Richter dieser Republik gefunden haben, der gegen die Hintermänner und Auftraggeber der Fememörder vorgehen wollte?

Leichtgläubige Herzen, die noch immer nicht den Glauben an die „republikanisch-demokratische" Justiz verloren haben, sollten aber rasch enttäuscht sein. Im „Deutschen Tageblatt erklärt Herr Wulle, sich sofort bei der Staatsanwaltschaft persönlich erkundigt und festgestellt zu haben, daß kein wahres Wort daran ist. Er schreibt:

„Zwar war auf Antrag des Justizministeriums die Staatsanwaltschaft in Erwägungen eingetreten, ob ein Strafverfahren gegen mich einzuleiten sei. Die Aussagen des Grütte-Lehder genügten aber dazu nicht."

Die Aussagen, die sonnenklar die Schuld Wulles und seiner Freunde zeigten, „genügten nicht". Der Kassiber wird von Herrn Wulle nicht als Schwindel bezeichnet.

Seine Sorge

„Womit soll ich denn meine tausend jüngen Beinchen bezahlen, wenn mir der undankbare Pöbel meine Rente streicht?"

Die weltlichen Schulen und das Proletariat

II.

Die einzelnen weltlichen Sammelschulen spalten das Sch[illegible] schließen die Anerkennung der christlichen Schulen in sich. [illegible] die besten Teile der Arbeiterschaft von ihren noch christl[illegible] bundenen Klassengenossen; der Kampf für diese Schulen [illegible] stark von dem Kampfe gegen die Not des proletarischen Kin[illegible] und hemmt die Bildung der Einheitsfront aller Werktätigen.

Diesen unleugbaren Feststellungen gegenüber machen die [illegible] wegten Vorkämpfer der weltlichen Schulen geltend: die [illegible] weltlichen Schulen seien der allmähliche Weg zur Weltlich[illegible] gesamten Schulwesens. Wer so spricht, ist entweder ein Tr[illegible] oder ein Utopist.

Die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens kann nur [illegible] eberung der Macht durch die proletarische Staatsgewalt [illegible] den ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht entkleideten [illegible] Privatinstitute verwandelten Kirchen durchgesetzt werden. [illegible] Beispiel Rußlands zeigt auch hier der deutschen Arbeiterschaft [illegible] Weg. Die sozialdemokratische Führerschicht selbst weiß [illegible] ganz genau, daß die einzelnen weltlichen Schulen ungeeig[illegible] Sinsengericht sind, für das sie das Erstgeburtsrecht des Pro[illegible] auf Weltlichkeit des gesamten Schulwesens verkauft haben. [illegible] handelt sich für die Sozialdemokratie als Partei darum, [illegible] „Kampf" für die weltlichen Schulen den ramponierten G[illegible] „Kulturpartei" wieder aufzufrischen, der durch die Marx-[illegible] schwer gelitten hat, und die Massen von der Revolte gegen [illegible] Reichsbannerkoalition abzulenken. Hat doch eben jetzt diese [illegible] in schlotternder Angst vor der Massenbewegung das zweite [illegible] Kabinett durch Stimmenthaltung gerettet, obgleich der [illegible] von neuem ein Reichsschulgesetz in christlichem Geiste anfündigt.

Anders sehen die sozialdemokratischen Arbeiter und [illegible] Lehrer die Sache an. Sie meinen, an der Grundtatsache der [illegible] tung sei doch nichts zu ändern, und es sei, wie die Dinge nun [illegible] liegen, immer noch besser, wenn wenigstens ein Teil der Kinder [illegible] kirchlichen Einfluß entzogen und im Sinne des Proletariats [illegible] würde. Demgegenüber werfen wir die Frage auf: Wie müßte [illegible] eine weltliche Schule aussehen, die das Proletariat alle gra[illegible] lichen Bedenken vergessen lassen könnte?

Ueber diese Frage hat es in der Lehrer- und Elternschaft [illegible] lichen Schulen eine jahrelange Diskussion gegeben. Die einen, [illegible] wiegend SPD.-Bonzen, forderten die „Neutralität" der Sch[illegible] allen Weltanschauungsfragen, vor allem gegenüber dem pro[illegible] rischen Klassenkampf; die anderen enthüllten diese Art Schul[illegible] Abstraktions- oder Eunuchen-Schulen und forderten für die [illegible] lichen Schulen den proletarischen Klassencharakter. Diese [illegible] hat jetzt — ein Zeichen für die Radikalisierung der Massen und [illegible] ihre Enttäuschung über die formale Demokratie — den Sieg in [illegible] Bunde der Freien Schulgesellschaften errungen.

Auf der Tagung in Dortmund hat sich sogar der Bundesvor[illegible] beugen müssen. Linke Sozialdemokraten, wie der Wiener [illegible] Adler und der Dr. Löwenstein, waren zuletzt die [illegible] Rufer im Streit.

Damit ist eine alte kommunistische Forderung erfüllt: [illegible] jenen weltlichen Schulen — unzweifelhaft die Mehrzahl — [illegible] nur durch das Fehlen des Religionsunterrichts von den [illegible] bürgerlichen Schulen entscheiden, sind gebrandmarkt als Feind[illegible] des sozialistischen Schulgedankens. Wir fordern die Elternbei[illegible] bestehenden weltlichen Schulen und die Arbeiterschaft dieser [illegible] bezirke auf, nachzuprüfen, ob diese weltlichen Schulen wirk[illegible] Unterricht und Erziehung proletarischen Klassencharakter [illegible] Wir wissen, daß nur ganz wenige Schulen in Berlin [illegible] übrigen Deutschland diese Probe bestehen werden. Was ist [illegible] beispielsweise dazu sagen, daß in Berlin ein Fürster der [illegible] demokratischen Lehrerschaft, Schröter, als nachahmenswert [illegible] kündete, an seiner weltlichen Schule arbeiten im Kollegium [illegible] liken, Evangelische, Baptisten und Dissidenten einträchtig zu[illegible] Daß in einer Schule in Wedding von 16 Lehrern ganze zwei [illegible] Kirche ausgeschieden sind? Daß die Klagen über Anwendung [illegible] Prügelstrafe an weltlichen Schulen nicht vereinzelt dasteh[illegible] das „weltliche" Schulen, wie die klassenbewußte Arbeiterschaft [illegible] fordert?

Es kommt jetzt darauf an, daß die Beschlüsse von Dortmund [illegible] auf dem Papier stehen bleiben. Welche Garantie haben die [illegible] die für Errichtung von neuen weltlichen Schulen oder Klassen[illegible] treten, daß dort Lehrer hinkommen werden, die fähig und [illegible] sind, ihre Kinder im Sinne des Proletariats, des Sozialis[illegible] erziehen? Die Arbeiterschaft muß sich jeden Lehrer, der für [illegible] weltliche Schule in Frage kommt, genau ansehen und ihn [illegible]

Bist Du aus der Kirche ausgetreten?

Wirst Du alles tun, um das Klassenbewußtsein der Dir anvertrauten Kinder zu stärken?

Verpflichtest Du Dich, jede Anwendung körperlicher Züchtigung zu unterlassen?

Willst Du im Interesse der Arbeits- und Gemeinschaftsarbeiten?

Damit ist der Katze die Schelle umgehängt. Allzuviel [illegible] haben sich bereits in weltliche Schulen gedrängt, die mit der [illegible] tarischen Bewegung nichts zu tun haben. Bei jeder Neugründung wächst die Gefahr der Verwässerung. Wir Kommunisten [illegible] ab, zuerst mit allerhand Versprechungen die Kinder klassenbewußter Arbeiter in die weltlichen Schulen zu locken und erst hinterher Lehrer zusammenzuziehen. So entstehen keine Stützpunkte [illegible] proletarische Bewegung.

Wir Kommunisten wissen, daß bei Anerkennung dieser [illegible] dingungen kaum irgendwo eine neue weltliche Schule entstehen [illegible] Wir wollen dadurch den Blick der Arbeiterschaft für das Wesen [illegible] stärken, für die Eroberung der Macht, die allein uns den [illegible] in die Hand gibt, das gesamte Schulwesen auf Weltlichkeit [illegible] stellen. Einzelne weltliche Schulen sind nur dann wirkliche [illegible] des kämpfenden Proletariats, wenn sie bereits heute so [illegible] möglich ein bewußtes Beispiel geben für proletarische [illegible] erziehung. Die Arbeiterschaft muß alles tun, um den [illegible] weltlichen Schulen diesen Charakter zu geben; sie darf sich [illegible] Fall zur Neugründung verleiten lassen, ohne daß der [illegible] tatsächlich ein weltliches und proletarisches Gesicht zeigt.

Vor allem aber muß das klassenbewußte Proletariat [illegible] der christlichen Schulen endlich wieder die fast eingeschlafene [illegible] aufnehmen.

Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, [illegible] tritt aus der Kirche, ist hier die erste Pflicht. Energ[illegible] Kampf gegen alle monarchistischen, nationalistischen [illegible] antiproletarischen Regungen im Unterrichtsbetrieb.

Aber Zusammenfassung aller Eltern im Kampf gegen [illegible] gendsten Nöte unserer Kinder — das sind die Aufgaben, [illegible] Schulkampf zuerst und vor allen Dingen zu lösen sind.

Wieviel Kriegsbeschädigte hat Deutschland

Wie wir den neuesten Feststellungen des Statistischen Reichsamts entnehmen, haben gegenwärtig rund 668 726 durch Verwundung oder Kriegsverletzungen Beschädigte des Weltkrieges, die [illegible] Gewerbefähigkeit um 25 Prozent und mehr beschränkt haben, [illegible] 1161 weibliche Beschädigte. Die Zahl der Kriegswitwen [illegible] versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten stellt sich auf [illegible] 2782. 39 500 Lungenunterkunftsse bilden fast 6 Prozent, [illegible] traute nicht ganz 1 Prozent aller Beschädigten. 66 130 [illegible] d. h. rund 10 Prozent aller Beschädigten besitzen den [illegible] oder teilweisen Verlust eines oder beider Arme [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Zur Sozialversicherung in Deutschland und Sowjet-Rußland

Deutschland	Rußland
Organisation	
...ung in ...versicherung, ...lle und berufliche Orts-...krankenkassen, Land-, Be-...triebs-, Innungskassen und ...knappschaftskassen)	Strasse Zentralisation a) jegliche medizinische Hilfeleistung durch das Volkskommissariat für das Gesundheitswesen. b) der Auszahlung der Unterstützungsgelder durch die Zentralverwaltung für das Versicherungswesen, dem Arbeitskommissariat unterstellt. Somit Konzentration der gesamten Versorgung der Arbeiter — für alle Arten der Erwerbslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit ohne Ausnahme in einem Organ.
...versicherung, ...versicherung, ...krankenversicherung, ...erbslosenfürsorge; ...bing vermeidet Verwaltungsarbeiten und unnötige ...ausgaben für die Versicherten.	
Verwaltung	
...tische „Selbstverwaltung" ...Beteiligung der Arbeiter am ausgeprägtesten in der ...versicherung, dagegen ...Unternehmerverwaltung der ...versicherung; äußerst arge ...führung besonders der ...versicherung.	Tatsächliche Selbstverwaltung durch die Gewerkschaften unter völligem Ausschluß der Arbeitgeber. Zentralisierter, territorialer Aufbau.
Umfang der Versicherung	
...weils durch Gesetz be-...Gruppen erfaßt; von der ...versicherung, z. B. ...Seelente, Beamte, An-...in „gehobener" Stellung; ...Gästen in der Unfallversicherung und in der Erwerbslosen-...	Die bloße Tatsache des Lohnarbeiterverhältnisses bewirkt automatisch die Zugehörigkeit jedes Arbeiters und Angestellten zur Versicherungskasse und sichert ihm dadurch die Nutznießung sämtlicher Versicherungsarten.
Finanzierung	
...nehmer zahlt in der ...versicherung zwei Drittel der Beiträge. ...versicherung, Angestellten...versicherung, Erwerbslosenfürsorge je einhalb der Beiträge. ...versicherung: Die Kosten der Heilbehandlung durch die Krankenkasse (diese hat während der ersten 13 Wochen ...zu gewähren).	Völlige und unbedingte Befreiung der Arbeiter von jeglicher Beitragsleistung für die Sozialversicherung; sämtliche Beiträge tragen die Unternehmungen.
Leistungen	
a) medizinische Hilfe	
...ausschließlich durch die ...kassen; bei Betriebsunfällen bei der 13. Woche durch die ...genossenschaften; vorbeugende Heilbehandlung durch die Krankenkasse (diese hat während der ersten 13 Wochen ...zu gewähren).	Jegliche medizinische Hilfe bis zur evtl. Feststellung der Invalidität von einer Stelle aus für die Versicherten sowie deren Familienangehörigen.
...allen Kompetenzstreitigkeiten zum Nachteil der Kranken, ...Unfallverletzten. Familienangehörige nur ...durchgeführt; kein	
b) Wochenhilfe	
...Krankenkassen meistens ...gende Wochenhilfe; z. B.: Familienangehörige ...Beitrag Mk. 25,— ...gelt für 10 ...täglich . Mk. —.50 ...gelt für 12 ...täglich . Mk. —.25 ...ung von bestimmter ...Mitgliedschaft. ...Versicherte bei Bedürftigkeit die Gemeinde („Fürsorgepflichtige").	Unterstützung in Höhe des tatsächlichen Arbeitsverdienstes acht Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft für Versicherte, die schwere körperliche Arbeit verrichten; in den übrigen Fällen 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft. Freie ärztliche Hilfe bei der Entbindung, einmalige Unterstützung zur Anschaffung einer Kinderausstattung in der Höhe eines halben Durchschnittsmonatslohnes.
Unterstützung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit	
...gemeinfalls 50 bis 60 Prozent des verdienten Lohnes bei ...Arbeitsfähigkeit durch Krankenkasse, am 4. Krankheitstage beginnend, am 7. Wochentage gewährt, nach 26 Wochen minimale ...gewährt durch die Invalidenkasse, Angestelltenversicherungsanstalt.	Monatliches Stillgeld für 9 Monate in der Höhe eines Viertels der vorausgegangenen Unterstützung. Den vollen tatsächlichen Arbeitslohn für sämtliche Krankheitstage außer den Feiertagen. Jedoch nicht nur bei Krankheit, sondern auch bei Quarantäne des Arbeiters (bei einer ansteckenden Krankheit eines Familienmitgliedes); bei der Pflege eines erkrankten Familienmitgliedes (bis zur Ueberführung in ein Krankenhaus).
d) Erholungsurlaub	
...für Arbeiter selten, für ...und Beamte gebräuchlich in Heimen für ...wird nicht gewährt.	Nach fünfeinhalb Monaten obligatorischer jährlicher Urlaub von 14 Tagen Dauer unter Fortzahlung des Lohnes. Unzulässige Unterbrechung in einem Erholungsheim auf Kosten der Versicherung.

...ngestellung des DGB. zur Klassenkampf-Organisation

...n bedeutungsvoller Rede auf der Konferenz des DGB. in ...am 24. Januar 1926 wies der Vorsitzende des Deutschen ...verbandes, Georg Schmidt, nachdrücklich darauf hin, daß ...der Klassenkampf vorwärts bringen kann. Mit Recht hat da... Schmidt die Bedeutung der Organisation hervorgehoben und ...daß Landarbeiter schützen noch hunderterlei Gründe vor, um ...Klassenkampf werden zu brauchen. Diese Lauen müssen wir aus ...Lager auftreiben, damit sie Kämpfer werden für die Be...der Landarbeiterschaft . . . Der Arbeiter muß sein Arbeitsleben hetzen lernen. Er muß der Organisation dienen ...nicht hinterm Ofen hocken. Von unten auf kommt die Kraft ...Arbeiterschaft."

...Werbung der Landarbeiterschaft für den Verband und ...für die aufgestellten Forderungen wird die Mitgliedschaft ...Verbandes nur dann mit der notwendigen Kraft und Begeisterung ...rechnen die Organisationsprinzipien innerhalb des Verbandes ...geändert werden. Georg Schmidt hat dies offenbar ...erkannt, bleibt aber auf halbem Wege stehen. Er erklärt: „...von dem Beruf sollen im Kreisvorstand mitarbeiten und die Kreisvorstände müssen überall Vertrauensmänner schaffen. Das ist nicht leicht, aber es muß geschaffen werden. Das Vertrauensmännersystem auf dem Lande bildet das Rückgrat der Organisation. Die Betriebsvertrauensleute müssen allen Unorganisierten die Notwendigkeit der Organisierung beibringen."

Die Heranziehung von Landarbeitern zur Mitarbeit im Kreisvorstand ist eine ungenügende Maßnahme. Die gesamte Mitgliedschaft muß an der Lösung der Aufgaben des Verbandes mehr interessiert werden. Soll jedes Mitglied zur Erfüllung der gestellten Aufgaben angespornt werden, dann ist dringend notwendig, daß die Mitglieder mehr Bestimmungsrechte im Verbande haben, daß Arbeiterbürokratie im Verbande herrscht, daß die von den Mitgliedern gewählten Vertreter auf den Konferenzen über die Forderungen, über Zustimmung oder Ablehnung von Tarifverträgen, über die Wahl der Angestellten usw. bestimmen. Damit wächst auch das Vertrauen der Unorganisierten zum Verband und ihre Organisierung wird erleichtert.

Die Mitgliedschaft des DGB. beginnt bereits darauf zu drängen, daß die aus den Ausführungen Georg Schmidts zu ziehenden Konsequenzen auf das organisatorische Gebiet, auf das Innenleben des Verbandes mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden.

So wurden auf der am Sonntag stattgefundenen

Kreiskonferenz des DGB. für die Mansfelder-Kreise

folgende Anträge an die Gaukonferenz, die am 14. Februar in Halle zusammentritt, überwiesen:

1. Alle Anträge können nur von den Delegierten abgestimmt werden, die direkt von den Arbeitern gewählt sind.
2. Das alte Recht der Ortsgruppen, sich ihren Vorstand selbst zu wählen, bleibt bestehen.
3. Alle Tarifverträge müssen bis 1. Februar laufen, der neue Tarifvertrag muß bis 15. Februar abgeschlossen sein, damit alle Mitglieder in der Zeit vom 15. Februar bis 1. März dazu Stellung nehmen können. Die Tarife dürfen vor dem 1. März, also vor der Zustimmung der Mitgliedschaft nicht verbindlich erklärt werden.
4. Der Verbandsvorstand hat alle Maßnahmen zu ergreifen, um die vorläufige Landarbeits-Ordnung zu beseitigen.
5. Ein noch von der Generalversammlung festzulegender Teil aller Beiträge und Ueberschüsse sind dem Kampffonds zu überweisen, worüber der Beirat zu wachen hat.

Zur Fürsten-Abfindung

In der letzten Monatsversammlung des deutschen Böttcherverbandes, Filiale Bitterfeld, wurde einstimmig eine Resolution angenommen und zum Hauptvorstand gesandt, die sich für die restlose Enteignung der Fürsten erklärt.

Eine Verleumdung der Bergarbeiter-Zeitung

In der „Bergarbeiter-Zeitung" vom 2. Januar ist ein Artikel abgedruckt „Elende Verleumdung", in welchem eine Schimpfkanonade gegen Kommunisten losgelassen wird. Der angegriffene Genosse Krajkalla erklärt auf diesen Artikel folgendes:

„In dem Artikel „Elende Verleumdung" in der „Bergarbeiter-Zeitung" vom 2. Januar wird bei Bekanntgabe der Verurteilung des kommunistischen Gemeindeschöffen Gwodz behauptet, daß der Kommunist Krajkalla aus Laurahütte der Austreuer dieser infamen Lüge gewesen sei. Ich stelle hiermit fest, daß ich eine Aeußerung, wie sie zur Verurteilung des Genossen Gwodz geführt hat, niemals gebraucht habe.

Ich habe lediglich das, was der Berginspektor Stefan im Jahre 1921 vor mir und den beiden Betriebsausschußmitgliedern Storuppa und Jankowski gesagt hat, durch die „Oberschlesische Rote Fahne" im Jahre 1922 bekanntgegeben. Berginspektor Stefan sagte damals wörtlich: „Ich bin um einhalb zwölf ausgekniffen, 36 Flaschen Kognak haben wir getrunken."

Zu der Berücksichtigung, daß meine Stellungnahme in der Abstimmungsperiode Landesverrat gewesen ist, stelle ich fest, daß es mein Verbandsorgan ist, welches den Staatsanwalt gegen mich ruft.

In dem Artikel, in dem Verbandskollegen als „Frazen" betitelt werden, ist weiter die Rede davon, daß ich mich jetzt in Bayern befinde und mich dort in deutschvölkischen Kreisen bewege. Diese Behauptung ist unwahr. Ich befinde mich gegenwärtig in Westdeutschland und bin auf der Mariagrube, Mariadorf, Bezirk Aachen, beschäftigt. Allerdings bin ich bis vor Jahresfrist in Bayern beschäftigt gewesen, habe mich aber nie in deutschvölkischen Kreisen bewegt.

*

Diese Erklärung unseres Genossen, die auch der „Bergarbeiter-Zeitung" als Berichtigung zugeht, wird wohl genügen, die Lüge der BAV.-Bureaukratie ins rechte Licht zu setzen.

Keine Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche im Bankgewerbe

Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitserklärung der beiden Schiedssprüche im Bankgewerbe abgelehnt. Um einen tariflosen Zustand im öffentlichen Interesse zu vermeiden, soll ein neues Schlichtungsverfahren im Bankgewerbe stattfinden.

Der AfA-Bund hat dem Reichsarbeitsministerium in einem Schreiben bedeutet, daß er sich mit seiner ganzen Kraft für die Forderungen der Bankangestellten und für die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, der 5 Prozent Gehaltserhöhung bringt, einsetze.

Aus der hallischen Gewerkschaftsbewegung

Jahresgeneralversammlung des Deutschen Verkehrsbundes

Verwaltungsstelle Halle

Die Kollegen Gräfe und Schaumburg gaben in der Jahresgeneralversammlung am 26. Januar die Geschäftsberichte vom 4. Quartal und vom Jahre 1925. Aus denselben ging unter anderem hervor, daß sich die Mitgliederzahl am Ende des Jahres auf 1320 stellte, welches gegen das Vorjahr ein Mehr von 126 Mitgliedern bedeutet.

Die Gesamteinnahme im verflossenen Jahr stellte sich auf rund 36 000 Mark. Dem gegenüber stand eine Ausgabe in derselben Höhe inkl. eines Zuschusses aus der Hauptkasse von rund 3700 Mark. Der Durchschnittswochenbeitrag im Jahre 1925 betrug pro Mitglied 46. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der Wahl der Bevollmächtigten, Kassierer und Revisoren konnten die Kollegen Schaumburg, Gräfe und ihre Anhänger es gar nicht fassen, daß eine Vorschlagsliste aus der Mitte der Versammlung kommen kann. Es wurden allerlei Einwendungen gemacht, um die Kollegen zu überzeugen, daß die Einreichung der Liste unsinnig wäre, da sich doch unsere Angestellten bis heute gut bewährt und immer das Beste für die Mitgliedschaft getan hätten. Einige Kollegen stellten die Tätigkeit des ADGB. bis herunter zum kleinsten Angestellten der Gewerkschaft in kurzen, aber sachlichen Ausführungen ins rechte Licht. Um aber die sich bildende Einheitsfront in der Fortsetzung der Abstimmung nicht zu stören, zogen die Antragsteller der 2. Liste (Opposition) den 2. Bevollmächtigten und zwei Revisoren von ihrem Vorschlag zurück und forderten die Versammelten auf, weitere Vorschläge zu bringen. Bei der Frage des 1. und 2. Kassierers wurde erklärt, daß dies die beiden Angestellten erledigen sollten. Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag der Ortsverwaltung gegen 38 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Darauf erklärten Schaumburg und Gräfe, daß diese Wahl nicht ordnungsgemäß vor sich gegangen wäre und daß deshalb die Wahl der Ortsverwaltung auf eine neue Generalversammlung vertagt werden müsse.

Es wäre jedoch sehr wohl möglich gewesen, die Versammlung zu Ende zu bringen. Aber die Reformisten glauben immer noch, die Mitgliedschaft durch solche Verschleppungsmanöver davon abhalten zu können, ihre Organisationen wieder auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen. Die Mitglieder müssen auch in der nächsten Generalversammlung restlos erscheinen und diesen ihren Willen bei der Wahl der Ortsverwaltung zum Ausdruck bringen.

Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Halle

In der am 3. Februar 1926 im überfüllten Volkspartsaal stattgefundenen Generalversammlung erstattete zunächst der Kollege Flücht den Jahresbericht 1925. Der Aufbau unserer Filiale hat erhebliche Fortschritte gemacht. Die schwierige Wirtschaftslage des Jahres 1925 verlangte auch Aufbesserung der Lohn- und Gehaltsbedingungen für die einzelnen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bei den Gemeindearbeitern ist der Lohn vom Anfang des Jahres in Höhe von 58 Pfennig auf 73 Pfennig am Jahresschluß gestiegen. Für die Reichs- und Staatsarbeiter von 57 auf 64 Pf. Für die staatlichen Kliniken von 68 auf 75 Pf. Für die Landarbeiter in den staatlichen Betrieben um 4 Pf. Für die Gemeindearbeiter in Ammendorf um 9 Pf., so daß 84 Pf. heute als Stundenlohn in der Spitze zu rechnen ist. Nicht nur auf dem Gebiete der Lohnbedingungen war das Jahr 1925 arbeitsreich, sondern auch die Aufgaben zur Erhaltung der Arbeits- und sozialen Verträge waren außerordentlich umfangreich. Der RMT. für die Gemeindearbeiter war gefündigt worden und der scharfe Kampf setzte um die Arbeitszeiten, Urlaubs- und Krankenlohnbestimmungen ein. Alle Verbesserungen wurden von dem Arbeitgeber abgelehnt. Besonders in Mitteldeutschland wollte man die bisher festgehaltenen Errungenschaften abbauen. Für die Reichs- und Staatsarbeiter waren im allgemeinen die Manteltarife während des Jahres 1925 keiner Revision unterworfen, wohingegen für das gesamte Gesundheitswesen ein Mantteltarif für die kommunalen und Provinzialanstalten manche Schwierigkeiten brachte.

In der anschließenden Diskussion wurde die Haltung der örtlichen Verwaltung unterstrichen. Nach scharfer längerer Diskussion fand eine von der Ortsverwaltung vorgelegte Resolution einstimmige Annahme, die den Boltsentscheid begrüßt und besonders die Ablehnung irgendwelcher Kompromißversuche im Reichstag fordert.

Außerdem wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

Die am 3. Februar 1926 im „Volkspark" tagende Jahresgeneralversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Magistrat der Stadt Halle, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betreffend: Wiedereinführung des Achtstundentages für die Beschäftigten in den städtischen Betrieben und Verwaltungen heute noch nicht nachgekommen ist.

Das Heer der Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag mehr. Gerade der Magistrat der Stadtgemeinde Halle, wie auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen sind als erste verpflichtet, den durch die kapitalistische Profitwirtschaft brotlos Gewordenen Erwerbsmöglichkeit zu geben.

Die Versammlung verlangt deshalb auch vom Magistrat die Durchführung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, und erwarten sie, daß umgehend in allen städtischen Betrieben und Verwaltungszweigen der achtstündige Arbeitstag bzw. die 48stündige Arbeitswoche eingeführt wird. Dieser Einführung stehen auch keine tariflichen Bedenken entgegen, da nach dem Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter der achtstündige Arbeitstag tariflich festgelegt worden ist und in dem Bezirksabkommen für die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands ebenfalls eine solche Regelung vorgesehen ist. In fast allen Städten Mitteldeutschlands ist auch überall der achtstündige Arbeitstag eingeführt, nur die Stadtgemeinde Halle verlangt von ihren Arbeitern trotz der hohen Erwerbslosenziffern die Durchführung des Neunstundentages.

Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Stadtverordnetenbeschlusses zu wirken.

Die Ortsverwaltung des Verbandes wird beauftragt, sofort gemeinsam mit dem Ortskartell des ADGB. den Stadtverordnetenfraktionen und dem Magistrat sich in Verbindung zu setzen, um den Beschluß über die achtstündige Arbeitszeit in die Tat umzusetzen.

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Oelschläger, den Revisionsbericht der Kollege Hähnel. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Sie ergab den Kollegen Flücht als ersten Vorsitzenden, den Kollegen Kahnt als zweiten Vorsitzenden, den Kollegen Oelschläger als Kassierer, Kollege Böttcher und Kollegin Hartleben als Schriftführer, Kollegen Dera und Deutschbein als Beisitzer. Als Revisoren der Filiale wurden die Kollegen Hähnel, Schöwe, Göbel und Glück gewählt. Der Kulturausschuß wurde für das Jahr 1926 in seiner bisherigen Zusammensetzung, Flücht, Bohlmann, Oelschläger, Rasokat, Müller, wiedergewählt.

Hierauf erfolgte die Ehrung von 28 Kollegen die länger als 25 Jahre Mitglieder der freien Gewerkschaften sind. Durch den Verbandsvorstand wurde denselben als Anerkennung ihrer Verdienste für die Arbeiterklasse ein Diplom überreicht.

In später Abendstunde fand die außerordentlich stark besuchte Generalversammlung mit dem Appell für weiteres gutes Zusammenarbeiten aller im Verband Organisierten ihr Ende.

Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer, Halle, am 31. Januar 1926

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Geschäftsbericht" referierte Kollege Martin.

Das Jahr 1925 ist ein Kampfjahr gewesen, gekennzeichnet durch schwere Krisen. Martin bemängelte die Passivität der Kollegen und forderte mehr Beteiligung an Organisationsarbeiten bei Versammlungen, Kassen usw. Im übrigen ging er näher auf die Krisenerscheinungen ein und hob hervor, daß die Krisen des Jahres 1925 nicht mit solchen aus früheren Jahren zu vergleichen sind. Die Situation ist gekennzeichnet durch Vertrustungen und Konzernierungen bei Verschwinden der wirtschaftlich schwachen Betriebe und ihrem Aufgehen in großen Fusionen. Die Leidtragenden sind in allen Fällen die Arbeiter. Im übrigen hatte der Verband schwere Kämpfe mit dem Staat und den Kommunen sowie mit der Chemie auszufechten. Bei der Frage: Industrieverband oder Berufsverband erklärte Martin, daß es gut sei, daß die Berufsverbände bestehen bleiben und daß auch Dißmann seine Opposition aufgegeben hat. Die von vielen angestrebte Einheitsorganisation ist nach Martins Meinung der ADGB., vor dem die Industriellen großen Respekt hätten!

Als Ausblick für das Jahr 1926 glaubt Martin feststellen zu können, daß die Konjunktur für Lohnbewegungen nach Ueberwindung der Krise wieder steigen wird. Interessant ist dabei seine Ansicht, daß die jetzt herrschende Wirtschaftskrise einer Gesundung entgegensehe, was jedoch in der Diskussion vom Kollegen Lehmann mit der Begründung zurückgewiesen wurde, daß die augenblickliche Krise eine Krise zur lange Sicht bedeutet, und daß wir mit einer dauernden Arbeitslosigkeit auch für die Zukunft rechnen müssen, da uns Absatzgebiete, wie wir sie vor dem Kriege in China und Japan hatten, fehlen, weil diese Staaten inzwischen zur Selbstproduktion übergegangen sind.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung hatte Kollege Meusch den Antrag, unabhängig vom Kollegen Martin, der neben der Erledigung der Geschäfte der Bezirks- und Ortsverwaltung auch noch 1. Vorsitzender war, einen 1. und 2. Vorsitzenden zu wählen, was jedoch abgelehnt wurde. Als 2. Vorsitzender wird Kollege Schwinge (SPD.) gewählt. Zum 1. Schriftführer wird Töpfer und zum 2. Schriftführer Kollege Frenzich gewählt. Zu Revisoren werden ernannt: Jammermann, Schumm und Lehmann. Die Beschwerdekommission setzt sich aus Meusch, Ritter und Frohn zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0003

Verleumderische Behauptungen Grützners über die IAH.

„— — — da die IAH. in den Händen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale ist — —"
(Grützner in seinem „Beanstandungsschreiben" an den Bürgermeister in Schraplau.)

Genosse Hüber vom Landesausschuß der IAH. schreibt uns:

Grützners „Ruhm" nimmt täglich zu. Noch ist seine Attacke gegen die Juwendungen an die hungernden Erwerbslosen in frischer Erinnerung und schon hat er einen neuen Kampf begonnen. Diesmal ist der Feind die „Internationale Arbeiter-Hilfe".

Als proletarische Organisation hat sie im September vorigen Jahres bei der Herbstfeder Unwetterkatastrophe eine Hilfsaktion eingeleitet und den schwer geschädigten Bergarbeitern, Invaliden und Witwen Lebensmittel, Kleidung und Wäsche zugewendet. Als Beihilfe bewilligte die Gemeindevertretung Schraplau 200 Mark. Dieses Geld und noch vorhandene kleine Restbeträge wurden zum Ankauf von Lebensmitteln verwandt und am 3. Januar dieses Jahres ging die letzte Verteilung vor sich, wobei 100 Familien berücksichtigt wurden. Auch diesmal wurde keinerlei Rücksicht auf politische und religiöse Auffassungen genommen, sondern lediglich die Bedürftigkeit in Betracht gezogen. Das vollkommen unparteiische Vorgehen der IAH. ist nicht nur von allen daran beteiligten Organisationen bestätigt, sondern auch von dem Bürgermeister in Gerbstedt, der die Aufsicht über die gespendeten 200 Mark hatte.

Wir glaubten somit, daß diese Hilfsaktion zur Zufriedenheit aller daran Beteiligten beendet sei. Herr Grützner, sozialdemokratischer Regierungspräsident, belehrt uns aber eines anderen. Er hält das „Staatswohl" für gefährdet, weil der IAH. als „kommunistische Organisation" der Kommunistischen Internationale 200 Mark überwiesen worden sind. Herr Grützner ist gewiß besorgt, daß die Moskauer Gewerkschaften mit Hilfe dieser 200 Mark einen Putsch in Halle-Merseburg veranstalten werden. In seiner Angst läßt er sich zu Verleumdungen hinreißen, daß die IAH. in den Händen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale sei. Von einem gewissenhaften preußischen Verwaltungsbeamten hätte man erwarten können, daß sich Herr Grützner vorher überzeugt, ob seine Behauptungen auch den Tatsachen entsprechen. Der Landesausschuß hätte ihm gern franko das Programm der IAH. überreicht. In diesem sind u. a. auch die Namen einer Anzahl Mitarbeiter zu ersehen. Wir nennen nur folgende:

Käte Kollwitz, Prof. Karl Grünberg, Alfons Paquet, Prof. Heinrich Zille, Ernst Toller, Frau Helene Dr. Stöcker, Dr. Kurt Hiller, Hugo Döblin, Georg Ledebour, Dr. R. Kuczynski u. a.

Um aber die Tatsache der Ueberparteilichkeit zu unterstreichen, lassen wir Mitglieder des englischen Komitees der IAH. folgen:

George Lansbury, Mitglied des Parlaments; A. J. Cook, Gewerkschaftssekretär des Bergarbeiter-Verbandes; Dr. Margarete Dunstan; Miß Honora Enfield, Generalsekretärin der Frauengenossenschaften Englands; George Hicks, Vereinigte Bauarbeiter Englands; David Kirkwood, Mitglied des Parlaments; Miß Nelly Lansbury; Frank Smith; Tom Mann, Metallarbeiterverband; James Maxton, Exekutivmitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei und Mitglied des Parlaments; A. A. Purcell, Vorsitzender des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes; S. Saklatvala, Mitglied des Parlaments; Frank Smith, Kathleen Star Plebs Jague; Miß Ellen Wilkinson, Mitglieder des Parlaments.

Neben deutschen Intellektuellen finden wir unter diesen Namen eine Reihe sozialdemokratischer englischer Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie unterscheiden sich von ihren deutschen Parteigenossen nur dadurch, daß sie es für ihre wesentliche Aufgabe halten, proletarische Interessen zu vertreten, während der größte Teil der deutschen SPD.-Großen sich ganz und gar davon entfernt hat. Zu dieser Gruppe gehört auch Herr Grützner.

Damit könnten wir diese Angelegenheit als für die IAH. erledigt betrachten.

Es verlohnt sich aber noch, Herrn Grützner darauf aufmerksam zu machen, daß neben dem Hilfskomitee der IAH. die bürgerliche „Nothilfe Gerbstedt" besteht. In der Leitung dieser famosen Organisation sitzen neben Pfaffen, Jungdos, Deutschnationalen, Königin-Luisenbündlern auch Vertreter der SPD. Die Leitung hat der evangelische Pastor Luther. Arbeiterfrauen, die sich im September vorigen Jahres zur Unterstützung meldeten, wurden vom Herrn Pastor Luther einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen, ob und wann sie der Kirche den Rücken gekehrt hätten. Herr Luther hat dann in salbungsvollen Worten die hungernden Arbeiterfrauen auf die Vorzüge der evangelischen Kirche hingewiesen und zugleich auf die Notwendigkeit, daß zu dieser Kirche auch ein gut besoldeter Pastor gehört. Viele Arbeiterfrauen hatten aber für die Bekehrungsversuche Luthers kein Verständnis und sie verzichteten auf die — „sehr reichen Gaben" der bürgerlichen „Nothilfe" und wandten sich zwecks Unterstützung an die IAH.

Aber es kommt noch schöner! Kurz vor Weihnachten bat Pastor Luther die der bürgerlichen „Nothilfe" überwiesenen Mittel zur Verteilung gebracht. Es waren insgesamt 1000 Mark. Die einzelnen Familien erhielten Beträge von 100 Mark. Bei der Verteilung wurde nicht die Bedürftigkeit geprüft, sondern es erhielten nur die Familien Geldbeträge, die der Kirche angehörten. Bergarbeiter, Invaliden, Witwen, die durch von der Ueberschwemmung betroffen waren, die Verbrechen begangen hatten, der Kirche den Rücken zu kehrten keinen Pfennig. Für diesen unerhörten Skandal trägt Vorstand der Gerbstedter SPD. die volle Verantwortung, denn nach wie vor in dieser famosen „Nothilfe" vertreten ist.

Während die IAH. nachweislich vollkommen unparteiisch vorgegangen ist und bei weitem mehr als 200 Mark Verteilung brachte, hat die bürgerliche „Nothilfe" bis heute der Oeffentlichkeit noch keine Rechnungsablage über ihre Tätigkeit unterbreitet. Wer bietet die Gewähr, daß nicht ein Teil der 7000 Mark in die weiten Taschen der kirchlichen und sozialen Organisationen verschwunden ist, um auf diesem Wege zweckwendigen Mittel für konterrevolutionäre Zwecke zu erwerben.

Wir sind der Meinung, daß hier das „Staatswohl" bedeutend mehr gefährdet ist, und Herr Grützner als Regierungspräsident hätte die Pflicht, durch entsprechende Nachprüfung für das Gedeihen unserer herrlichen Republik Sorge zu tragen.

Aufführung des russischen Großfilms „Sein Mahnruf"

Vom Landesausschuß der IAH. wird uns geschrieben:

Die in den Richtlinien für die Verhandlungen mit den Besitzern festgesetzten Termine in den einzelnen Unterbezirken hiermit aufgehoben. Nunmehr können sich die proletarischen Organisationen in allen Orten des Bezirks sofort mit den Besitzern bzw. mit der „Prometheus", Berlin, zwecks Kauf des Films in Verbindung setzen. Wir erwarten besonders von den Organisationen der größeren Orte, daß sie dieser Aufforderung nachkommen.

Um unnötige Anfragen zu vermeiden und Verzögerungen zu verhindern, weisen wir erneut darauf hin, daß der Landesausschuß IAH. über Höhe und Leihmiete wie auch der Aufführungen nicht zuständig ist und alle diesbezüglichen Anfragen an die „Prometheus-Film"-Gesellschaft, Berlin-Lindenstraße 101/2, zu richten sind.

Falls eine Filmaufführung zustande kommt, muß der Landesausschuß Mitteilung gemacht werden.

Nur noch 3 Tage, Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag
dauert unser
Inventur-Ausverkauf
Versäumen Sie diese letzte Gelegenheit nicht!
1. Geschäft: Große Ulrichstraße 54 Halle an der Saale 2. Geschäft: Geiststr. 9 (Ecke Fleischerstr.)

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg: Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 — Politische Leitung Leipzig 107001. Nur: Sämtl. Bezirks-Setzreien. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 3227

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Zellenobleute, die am Sonnabend noch kein Material abgeholt haben, holen dasselbe bestimmt heute, Montag, abend um 7 Uhr im Ortsbureau der Partei, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, ab.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Delitzsch. Besprechung aller Parteiarbeiter Mittwoch, 10. Februar, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof". Tagesordnung: Sammlung für Volksentscheid.

Kein Genosse darf die CL.- und Usa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Heute, Montag, 1/7 Uhr, im Jugendsekretariat Treffen aller Zehnerführer der Gruppe Nord. 1/8 Uhr im Dramatischen Zirkel im Jugendsekretariat.
Dienstag, 1/8 Uhr, im „Volksport" Fortsetzung des Parteikurs. Alle älteren Genossen müssen unbedingt pünktlich anwesend sein.
Mittwoch, 1/8 Uhr, im Jugendsekretariat Treffen aller Zehnerführer der Gruppe Süd.
Donnerstag, 8 Uhr, Gewerkschaftstag in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Mitglieder müssen sich daran beteiligen. 8 Uhr Musikübungsstunde in der Jugendherberge.
Freitag Gruppenabende. Gruppe Süd 1/8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Gruppe Nord 1/8 Uhr im „Volksport".
Sennewitz. Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Pabst Gruppenabend. Thema: Jugendbindung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, beteiligt sich die Ortsgruppe am Vortrag der Roten Hilfe.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Montag, 8. Februar, abends 1/8 Uhr, „Pichelsteiner Krug" Funktionärsitzung.

Versammlungen der Roten Hilfe

Halle. Montag, 8. Februar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Funktionärsitzung. Alles muß erscheinen.
Dieskau. Heute abend 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" wichtige Funktionärsitzung. Ein Vertreter des Bezirks ist zur Stelle. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Merseburg. Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung. Referent von der Bezirksleitung ist zur Stelle.
Bruckdorf. Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.
Großstehna. Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Dette wichtige Funktionärsitzung.
Gebesee. Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.
Canena. Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.
Cölbeda. Montag, 8. Februar, 8½ Uhr, im „Stern" wichtige Funktionärsitzung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 915

Montag, 8. Februar, abends 8 Uhr, im „Volksport" Versammlung aller in der IAH. organisierten Frauen. Vortrag: „Die Nähstube".

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleitsekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 6 Uhr.
Erweiterte Gauleitung. Die Konferenz der erweiterten Gauleitung findet am Sonntag, dem 14. Februar, vormittags 10 Uhr, in Halle im „Volksport", Kaudzimmer, statt. Zur Teilnahme sind verpflichtet sämtliche Mitglieder der Gauleitung und die Untergauleiter.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, deren Arbeitszeit es ermöglicht, beteiligen sich am Mittwoch, dem 10. Februar, an der Beerdigung des Kam. Arthur Brandt. Bundesfleidung. Antreten nachmittags 1½ Uhr Moritzkirchof. Musikkapelle und Spielmannszug mit Fahnenwagen.
Bezirk 1 (Ost). Montag, 8. Februar, abends 8 Uhr, bei Hähner, Kurze Gasse, Bezirksvollversammlung. Funktionäre eine halbe Stunde vorher Sitzung.

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr „Angelika der Liebe" Ende 10 Uhr
Mittwoch 7½ Uhr „Intermezzo" Ende 10½ Uhr

Lohnuhren
bis 30 Zentner führt billig aus 134
A. Grund, Leuchern, Naumburger Str. 4

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Walhalla
Dir. Paul Mildner
8 Uhr Tel. 8385
Ab heute: Verschwinden von 12 Personen a. d. Publikum auf offener Bühne in Kaßners Zauberschau
außerdem täglich Voo-Doo u. 4. Riesenschlangen und das Sibir. Männer-Gesangs-Quintett
Tagesk. ab 11 Uhr

Restaurant „Südpol"
Renoviert
Dienstag, 9. Febr.
Schlachtfest
wozu freundlichst ein aden
157 Paul Stutzer und Frau

Zeitungsträger
für Eisperstedt sofort gesucht
Meldungen bei Max Wagenknecht, Ober-Eisperstedt

Bekanntmachung

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt
II 13. Nr. 3252/25

Betrifft: Steuererleichterungen für Wohnungs- Neubauten und Siedlungen

Auf die in Nr. 39 der Preußischen Gesetzsammlung 1925 (Seite 178) veröffentlichte Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 28. Dezember 1925, nach welcher alle nach dem 31. 3. 1924 fertiggestellten Wohnungsneubauten einschließlich des zugehörigen Hofraums für die Dauer von 5 Jahren nach Ablauf des Rechnungsjahres, in dem die Neubauten fertiggestellt worden sind, von der staatlichen Grundvermögensteuer befreit sind, und wonach ferner für alle seit dem 1. April 1923 auf Grund des Reichs-Siedlungs-Gesetzes neu errichteten Siedlungen die Steuer auf Antrag für den gleichen Zeitraum zu erlassen ist, weise ich mit dem Anheimstellen hin, diese Steuerermäßigungen in geeigneter Weise zur Kenntnis der am Wohnungs- und Siedlungswesen beteiligten Kreise zu bringen.

Berlin W. 66, den 13. Januar 1926

In Vertretung:
gez. Unterschrift

Der Regierungspräsident I. W. 483 [*456

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

Merseburg, den 18. Januar 1926

Im Auftrage:
gez. Biebandt i. V.
Beglaubigt:
gez. Dettmar, Reg.-Kanzlei-Sekr.

Vorstehender Erlaß wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht

Delitzsch, den 2. Februar 1926

Der Magistrat

Alle Parteischriften
empfiehlt die Volksbuchhandlungen der Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Billiger Seefischtag nur Dienstag
Weil überall Sturm, Fänge knapp
Nur lebenofrische Ware aus heute eingetroffenen Waggons
Nordsee
Große Ulrichstraße 58
Sie brauchen auch bei größtem Andrang nicht zu warten, da wir reichlich und gut eingearbeitetes Personal haben
Grüne Heringe ℔ 15 ₰
Seelachs ohne Kopf ℔ 22 ₰
Goldbarsch ohne K. ℔ 25 ₰
Kabeljau gr., fett, zart ℔ 25 ₰
Schellfisch o. K., mitt. ℔ 25 ₰
Schellfisch o. K., groß ℔ 30 ₰
Kabeljau vollständig bratfertig ℔ 40 ₰
Ferner sehr billig
Bücklinge, Sprotten geräucherter Seelachs
Eine Delikatesse sind unsere
Sauren Sardinen
℔ 60 ₰ ½ ℔ 30 ₰
Brühe dazu gratis

Lichtspiel-Theater Wi
Ein gewaltiges Doppelprogramm heute, Montag bis Donnerstag
Das Mädel aus dem
(Fortsetzung Akt 5 u. 6)
Der Tod im ewigen
Sehr spannendes Alpendrama
Prächtige Naturaufnahmen
In tiefem Schnee und Eis
Anfang 5.30 u. 8.15 Uhr.
Plätze 2. Platz 60 P., 1. Pl.
Balkon 1,00 Mk., Loge

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am Freitag zum Sonnabend früh unerwartet mein lieber Vater
Artur Bran
im blühenden Alter von 36 J.
Halle, den 6. Februar 1926
In tiefem Schmerz
Frau Wwe. Anna Br
und Kinder
Die Einäscherung erfolgt Montag, den 10. Februar 1926, 3 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof.
Kranzspenden dankend abgelehnt.

A.S.B.
Ara-Ba
Kol. 1
Artur Bran
an den folg. ein. Urgesetzen
Sein Andenken werden
Ehren halten Der Vo

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Nachruf

Am Sonnabend, dem 6. Februar 1926, vormittags 11 Uhr verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager an doppelseitiger Lungenentzündung im Elisabethkrankenhaus

Kamerad Artur Bran

Sekretär der Gauleitung des RFB. für Halle-Merseburg im Alter von 36 Jahren

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen äußerst pflichttreuen Kameraden, der seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellte, dem die Aufwärtsentwicklung des RFB. Lebensziel und Aufgabe war. Sein Fleiß und Pflichttreue bis zum letzten Atemzuge sichern dem Verstorbenen bei allen Kameraden des RFB. ein ehrendes Andenken

Die Reichsleitung des RFB.
Gauleitung Halle-Merseburg
Ortsgruppe Halle des RFB.

Untergau Saalkreis

Zwintschöna. Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Horn gemeinschaftliche Funktionärsitzung des RFB. und KPD. aus den Ortschaften Nietzleben, Bruckdorf, Canena, Kleinteutgen, Zwintschöna. Sehr wichtige Tagesordnung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Jeden Sonnabend 8 Uhr „Stadt Leipzig" Pflichtversammlung der Jungfront. Eingeschriebene müssen erscheinen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, 10. Februar, Mitgliederversammlung. Antreten 7 Uhr Rosalisteweg. Für größeren Raum ist gesorgt.
Langendorf. Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung. Tagesordnung: Entlastung der Gewerkschaften und Entwicklung bis zum Kriegsausbruch.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Montag, 8. Februar, abends 1/7 Uhr, Abmarsch vom Schwetzenmarkt zur Ruhl-Versammlung in Pieskerwitz.
Pieskerwitz. Montag, 8. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Werbeversammlung. Referent Ruhl, Mosfau.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CL.- und Usa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Alle Zellenobleute

am Sonnabend noch kein Material abgeholt haben, holen solches bestimmt heute, Montag, abend um 7 Uhr im Ortsbureau Partei, Merkenfeldstraße 14, Zimmer 4, ab.

Gedächtnisfeier des Kameraden Artur Brandt

Allen Kameraden des RFB. hiermit zur Mitteilung, daß die Beerdigung unseres Kameraden Artur Brandt am Mittwoch, dem 13. Februar, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle aus stattfindet. Die Mitgliedschaft wird ersucht, dem verstorbenen Kameraden unter zahlreicher Beteiligung die letzte Ehre zu erweisen. Alle auswärtigen Delegationen melden sich nach ihrer Ankunft im Gauleiterstatist, Halle a. d. S., Gr. Klausstraße 10.

Ortsgruppen, die geschlossen teilnehmen, treffen sich auf dem Sammelplatz der Ortsgruppe Halle. (Siehe Rubrik: Versammlungs-und-Termin-Kalender.)

Kameraden, ehrt den toten Kämpfer durch zahlreiche Beteiligung!

Die Gauleitung Halle-Merseburg.

Erwerbslosenspeisung

Morgen früh um 9 Uhr beginnt in der Talamtschule der Erwerbslosenverkauf. Eßmarken à 30 Pf. sind gegen Vorzeigung der Erwerbslosenkarte zu erhalten. Die Essenverteilung beginnt am Donnerstag. Für den gesamten Norden im „Volkspark", für den gesamten Süden in der Produktiv-Genossenschaft mittags um 1 Uhr.

Die Bergschenke als Jugendheim

Antrag der Arbeitersportkartells Halle an die Stadtverordnetenversammlung

Auf Grund einer Tagung des Haushaltausschusses vom 3. Febr. ist uns aus der zu ersehen ist, daß das Lokal „Bergschenke" in Kröllwitz an einen Privatpächter weiter verpachtet werden soll, stellt das Arbeitersportkartell Halle und die ihm angeschlossenen Vereine (Mieterverein) an den Magistrat resp. das Stadtverordnetenkollegium den dringenden Antrag, den gesamten Komplex der Bergschenke der Jugendpflege zur Verfügung zu stellen.

Das Arbeitersportkartell erwartet vom Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium, daß diesem Antrag entsprochen wird und Halle in die Reihe derjenigen Städte einritt, wo es auch von sich aus bekennen kann, wirkliche, positive und praktische Jugendpflege zu treiben.

Das Arbeitersportkartell appelliert nochmals an obengenannte Körperschaften und erwartet bestimmt, daß diesem Dringlichkeitsantrag zu Nutz und Frommen der Jugend zugestimmt wird.

Die Forderungen der erwerbslosen Jugendlichen an die hallische Stadtverwaltung

Unter der ungeheuren Wirtschaftskrise, die in der selbst bisher nicht dagewesenen Erwerbslosigkeit des Oktober 1923 bis Februar 1924 übergroßen Erwerbslosenziffer ihren Ausdruck findet, hat insbesondere die erwerbslose Jugend zu leiden. Es ist nicht übertrieben, wenn man annimmt, daß von den 6200 Arbeitslosen der Stadt Halle mindestens 1200 bis 1500 Jugendliche unter 21 Jahren sind. Der größte Teil von diesen, die 14- bis 18jährigen, erhält keinerlei Unterstützung. Daß durch solche Gleichgültigkeit gegenüber den dringendsten Bedürfnissen der Jugend von seiten der maßgebenden Stellen die größte Gefahr besteht und sie dem stärksten Elend ausgesetzt ist, wird jedem vernünftig denkenden Menschen klar sein. Um den vollkommenen Verfall in das Lumpenproletariat zu verhindern und die allergrößte Not zu beheben, muß die Jungarbeiterschaft selbst, die Staat und Gemeinden bisher nichts Positives unternommen haben, einheitlich und geschlossen kämpfend auf den Plan treten. Den Anfang dazu bildete die am Freitag, dem 5. Februar, stattfindende öffentliche Erwerbslosenjugendversammlung. Nach einer Schilderung der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation durch einen Jugendgenossen und nach Ausführungen der Vertreterin der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wurde einstimmig von der Versammlung folgende Forderung an die hallische Stadtverwaltung angenommen und gleichzeitig den Fraktionen der SPD. und KPD. im Stadtparlament und dem Gewerkschaftskartell zugestellt:

1. Einreihung aller Jugendlichen in den Produktionsprozeß.
2. Bereitstellung von Mitteln durch die Stadt zur Unterstützung der Jugendlichen, auch der unter 18 Jahren.
3. Tägliche unentgeltliche Speisung aller jugendlichen Erwerbslosen durch die Stadt.
4. Bereitstellung von Räumlichkeiten, ausgestattet mit Literatur, worin sich die Jugendlichen tagsüber aufhalten können.
5. Unterbringung der jugendlichen Obdachlosen in entsprechenden Räumen.
6. Wöchentliche einmalige unentgeltliche Benutzung der Badeanstalt für die Jugendlichen.
7. Ueberwachung der Durchführung dieser Forderungen durch die Gewerkschaftskommissionen in Verbindung mit den freien Gewerkschaften.
8. Gegenüber dem Reich hat sich die Stadtverwaltung für die Schaffung von städtischen Notwerkstätten, in denen alle Jungarbeiter bei tariflicher Entlohnung und unter Kontrolle der Gewerkschaften zu qualifizierten Arbeitern herangebildet werden können, einzusetzen.

Das ist das Mindestmaß von Forderungen, welche bei einigem guten Willen seitens der Stadt durchgeführt werden können. Die erwerbslosen Jugendlichen sind gewillt, gemeinsam mit ihren erwachsenen Klassengenossen sich dafür einzusetzen. Von den Stadtverordnetenfraktionen der SPD. und KPD. erwartet die erwerbslose Jungarbeiterschaft, daß sie mit allen Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen eintreten.

Unterstützt die Nähstuben der Internationalen Arbeiter-Hilfe

Infolge der seit Monaten dauernden Wirtschaftskrise ist bei den Erwerbslosen, Witwen und den Opfern der Arbeit und des Krieges Not und Elend eingezogen. Am stärksten leiden die kinderreichen Familien; den Kindern fehlt es an den notwendigsten Kleidungs- und Wäschestücken.

Der Landesausschuß der Internationalen Arbeiterhilfe hat deshalb beschlossen, in allen Orten des Bezirks durch seine Mitglieder und Freunde Nähstuben einzurichten, wo getragene Kleidung und Wäsche umgeändert und neue angefertigt wird. Diese sollen dann unentgeltlich den notleidenden Familien gegeben werden.

Auch die Ortsgruppe Halle der IAH. wird in der nächsten Woche eine Nähstube eröffnen. Einen dafür geeigneten Raum hat der Magistrat der Stadt Halle zur Verfügung gestellt. Die Leitung der IAH. appelliert an alle Schichten der Bevölkerung, die für das Elend der Tausende von Erwerbslosen und ihren Familienangehörigen Verständnis haben, durch Zuwendungen an die Nähstube das Werk der IAH. zu unterstützen.

Zur Einrichtung der Nähstube fehlen noch einige Schränke, Tische Nähutensilien usw. **Wer ist bereit, diese unentgeltlich zur Verfügung zu stellen?**

Ferner gebraucht die Nähstube zur Aufnahme ihrer Tätigkeit neue und getragene Wäsche und Kleidungsstücke usw., die von unseren Mitarbeiterinnen umgeändert werden; ferner Stoffe zur Neuanfertigung. Getragene Kleidungsstücke bitten wir der Nähstube im gereinigten Zustande zuzustellen. Geldbeträge zur Anschaffung von Stoffen und Material werden dankend entgegengenommen.

Annahmestellen für die Nähstube sind:

Zentrum: Anna Herrmann, Mühlgasse 2.
Osten: Minna Wiesner, Sagisdorfer Straße 7.
Süden: Else Böhme, Dieskauer Straße 18.
Norden: Martha Schwarzkopf, Richard-Wagner-Straße 19.
Westen: Frau Schwenkhammer, Lerchenfeldstraße 14.

Nach schriftlicher Aufforderung oder telephonischem Anruf werden Spenden auch durch das Bureau, Dorotheenstraße 1, Telephon 9150, abgeholt. Auf Wunsch werden alle uns zur Verfügung gestellten Sachen und Geldbeträge in der Presse quittiert.

Bund der Freunde der IAH., Ort. Halle-Merseburg.

DAS EREIGNIS IN HALLE

Der Film SEIN MAHNRUF ZEIGT in fesselnden Szenen DEN KAMPF der russischen Arbeiter UM DIE MACHT IN RUSSLAND dramatischer Handlung

sieht man das Leben in RUSSLAND

Außerdem der in ganz Deutschland laufende Film:

Die Katastrophe im Polareis

Beide Filme sind für Jugendliche zugelassen!

Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. Von Donnerstag, 11. Febr., bis Mittwoch, 17. Febr.

Täglich ab 2½ Uhr!

Keine Sabotageversuche!

(Von einem Jungarbeiterkorrespondenten)

Schlaue Demagogen waren die sozialdemokratischen Führer schon immer. Immer haben sie es verstanden, wenn die Arbeiterschaft eine gemeinsame Aktion der KPD., der SPD. und des ADGB. forderte, die sozialdemokratischen Arbeiter davon abzubringen. So versuchen sie auch jetzt wieder alles möglichen, um noch im letzten Moment die Arbeiter von dem Volksbegehren und der Fürstenenteignung abzubringen und sie evtl. für eine Abfindung zu gewinnen.

Der „Vorwärts" brachte am Mittwoch einen Artikel, den das hallische „Volksblatt" am Donnerstag abdruckte. Die Ueberschrift des Artikels ist „Ein gemeiner Streich". Der Inhalt desselben ist — Blödsinn, wie man ihn nun einmal vom „Volksblatt" nicht anders gewöhnt ist.

Statt eifrig an dem Gelingen eines Erfolgs für den Gesetzentwurf zu arbeiten, ziehen es die SPD.-Führer vor, die Arbeiterschaft vor den Kommunisten und den Einheitskomitees zu warnen, welche doch den ehrlichen Willen haben, der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen.

Und es gibt tatsächlich noch Arbeiter, die sich von dem Geschreibsel des „Volksblatts" beeinflussen lassen. Aber was sind das für Arbeiter? Hier ein Muster davon: Er ist in der SPD. organisiert, hat alles Proletarische abgestreift und ist Bürger der deutschen Republik Schwarzrotgold geworden. Er ist schon von vornherein gegen ein Volksbegehren gewesen, weil es seiner Meinung nach sowieso keinen Zweck haben würde. Dieser Aucharbeiter heißt nun, als ihm klargemacht wird, daß die SPD.-Führer schon die ersten Versuchen machen, sich dem Kompromiß-Gesetzentwurf anzuschließen, und bloß deswegen dieses Manöver im „Vorwärts" machen, auch noch gut.

Bei solchen Leuten ist natürlich Hopfen und Malz verloren. Das sind wirklich die Eier der Demokratie, wie sie George Grosz verfluchtdeutlich. (Menschen mit Eiskopfen und Schwalbennestern an den Augen.) Auch der ADGB. macht das Manöver der SPD. mit. Er fordert alle gewerkschaftlichen Instanzen auf, die Einheitskomitees zu bekämpfen und zu zerstören. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche die KPD. und die Einheitskomitees unterstützen, schädigen nach der Meinung der ADGB.-Bonzen die Gewerkschaft.

In der Erklärung des ADGB. heißt es weiter: Weder für den Volksentscheid noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Sind sich denn diese Bonzen gar nicht bewußt, daß es noch sehr viele unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die zu einer Einheitsfront aller proletarischen Organisationen schließlich mehr Vertrauen haben, als zu einer Partei? Aber die Bonzen des ADGB. sind ja alle Sozialdemokraten, und diese wollen keinen gemeinsamen Kampf mit der KPD. Wenn es aber gilt, die Sozialdemokratische Partei zu unterstützen, dann setzen sie alle Hebel in Bewegung. Wer denkt da wohl nicht an die Präsidentenwahlen, wo in sämtlichen Gewerkschaftszeitungen erst für einen Braun, dann sogar für den Zentrumsmann Marx Wahlpropaganda gemacht wurde? Genau so ist es jetzt. Die Bildung von Einheitskomitees wird bekämpft, aber von dem Kompromiß-Gesetzentwurf der bürgerlichen Parteien erwähnt man keine Silbe. Und das soll den Arbeitern nicht zu denken geben?

Aber trotzalledem wird sich die Arbeiterschaft nicht abhalten lassen und überall Einheitskomitees bilden.

A. R.

Amtsbezirk Dieskau

Offene Anfrage an den Amtsvorsteher Walther. Wann gedenken Sie, Herr Amtsvorsteher, denn nun eigentlich einmal eine Amtsausschußsitzung zu machen? Solange wieder eine sogenannte „stabile Währung" besteht, hat eine derartige Sitzung noch nicht stattgefunden. Glauben Sie, daß Sie es nicht notwendig haben, vor kommunistischen Gemeindevorstehern und Schöffen Rechenschaft abzulegen über die finanziellen Fragen der Amtskasse? Wir erwarten, daß in aller Kürze diese Sitzung stattfindet. Sonst müßten wir eben noch etwas deutlicher werden.

Aus der Jugendbewegung

An alle proletarischen Jugendorganisationen Halles!

Am Dienstag, dem 9. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Sitzung aller proletarischen Jugendorganisationen statt, um eine Aenderung in der Frage der Fahrpreisermäßigung der Reichsbahn herbeizuführen. Sorgt dafür, daß Eure Organisation durch mindestens einen Delegierten vertreten ist.

J. A.: Alfred Zoll (SMJ.), Fritz Benling (KJ[illegible])
Richard Gessing (Rote Jungfront).

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Bezirk 4: Montag abend 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung.
Bezirk 1: Dienstag abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.
Bezirk 2 und 3: Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.

Verantwortlich: Otto Kilian, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. H.: Wilhelm Barnad, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Gummi-Absätze, Gummi-Sohlen, Gummi-Lösung, Gummi-Bieder, Große Steinstr.

Moissi-Gastspiel im Stadt-Theater

„Heinrich IV." von Pirandello

Moissi ist, sich einem Menschen anzuvertrauen", sagt Moissi als Heinrich IV. Deshalb stellt er sich zwanzig Jahre lang wahnsinnig, bis er es selbst wird. Er geht immerzu als Kaiser, obgleich er gar nicht der Staufenkaiser ist, und er geht zwei Jahrzehnte hindurch die Oellampen-Beleuchtung in Heinrichsstein, daß man ebensogut das elektrische Licht anknipsen könnte.

Pirandello bemüht sich in seinen Werken, die Illusion der Desillusionierung zu gestalten. Aber im „Heinrich IV." gestaltet er nicht, er dichtet nicht, und er desillusioniert nicht; er konstruiert. Und wenn überall das Gerüst durchsieht, ist da eine Tafel: Seht Ihr, wie ich konstruiere?! „Wahnsinn ist, einem Menschen anzuvertrauen". Diese tiefste Skepsis muß Pirandello erzeugen. Sie gleicht der Philosophie vom Untergang des Abendlandes. Aber das geht gar nicht unter und ist Resultat der Ausweglosigkeit einer untergehenden Klasse. Der Kaiser Konstantin, das Schweigen in gespielter Demut sind die bekannten Symbole dafür. Vielleicht geht auch Pirandello, ähnlich wie Dostojewski, eines Tages über „Kolportage"-Rehnlichkeiten hinweg, aber Form an sich, sei sie gigantisch gesteigert oder verzerrt, ergibt sich noch lange kein Inhalt. Das Theater ist kein Moskau oder schreit: „Her mit Europa!"

Einem zwanzigjährigen Wahnsinns-Spiel erschreckt, verfolgt, hat Heinrich IV. die Umwelt durch seine Lebensform in eine Gespenster-Atmosphäre. Die Menschen stehn geblendet und verzaubert von der Schönheit des (angeblich) zerstörten Geistes, sie sind der Gewalt der Decadence einbezogen in das Demutsspiel. Wohin führts? Zum ästhetischen Genuß. Teilweise nicht einmal dahin. Denn selbst die Konstruktion war lächerlich, und es hätten sogar Menschen von Fleisch und Blut sein können, die, unter den Lappropen des imaginären Kaiserhofs wandelnd, auf ihr Auto warteten.

Es hatte sich Alexander Moissi die Ingredienzien zum Spiel aus seinen früheren Rollen zusammengeholt. Die Summe dieser Spiel und Fedja, kann es Edleres für einen Kaufmannsgang sein, die Umwelt beschämen und verurteilen soll? Man hörte „Verzeihung" murmeln, und das Licht schien in der Finsternis. Die aufgesparte Feierlichkeit vergangener Jahrhunderte hatte sich einmal gemacht neben der Magie der Decadence, die zu keinesweges am gesündesten sein dürfte. Man kann sich gehen. Man kann sich dem gerade noch entziehen. Man kann sich dem entziehen, um zu sehen: so ist das Bürgertum. Es vergoldet sich seinen Untergang durch Genuß, während die aufsteigende proletarische Klasse sich nicht nur durch Niederlagen, sondern durch unharmonische Zweckbestimmung ihren Weg bahnt. Olf.

Soermus kommt nach Halle

Die Proletarische Tribüne teilt mit, daß für Ende dieses Monats in Halle und einigen anderen Orten des hiesigen Bezirks mit dem russischen Geigenkünstler Soermus einige Kunst-Abende veranstalten wird. Bekanntlich war dem russischen Geigenkünstler längere Zeit der Aufenthalt in Preußen untersagt. Nachdem dies Verbot nunmehr zurückgenommen ist, hat ihn die Proletarische Tribüne für einige Konzerte in Halle und anderen Städten des Bezirks gewonnen.

Soermus ist ein Künstler von internationalem Ruf, der seine Konzerte stets vor ausverkauften Sälen gab. Da auch zu diesem Konzert der Andrang sehr groß sein wird, ist es ratsam, die Eintrittskarten im Vorverkauf zu beschaffen. Der Vorverkauf zu den Konzerten beginnt in der kommenden Woche. Alles Nähere wird rechtzeitig durch Plakate und durch die Tagespresse bekanntgemacht.

Moderne systematische Menschenkunde

Am Sonnabendabend sprach der bekannte Berliner Charakterologe Dr. von Preuschen in der Friesenstraße 3/4 im Rahmen der Vorträge, die die Volkshochschule veranstaltet. Sein Thema lautete: „Moderne systematische Menschenkunde." Die Aula des Reformrealgymnasiums war bis zum letzten Platz besetzt, und es sind gewiß alle Anwesenden bis zuletzt den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit gefolgt.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen, die vor allem Dingen den Umfang der gesamten Charakterologie aufzeigten und die einzelnen Disziplinen der Charakterologie darlegten (Graphologie = Handschriftkunde, Phrenologie = Lehre von den Formen des Kopfes, Physiognomie und Mimik = die Lehre einerseits der bleibenden und der veränderlichen Gesichtszüge, Chirologie = Handkunde) besprach der Redner hauptsächlich das Gebiet der Graphologie.

Nachdem er zuerst einen geschichtlichen Ueberblick gegeben hatte über alle diejenigen Forscher, die sich mit der Handschriftkunde beschäftigt hatten, und aufgezeigt hatte, wie sich die Graphologie allmählich aus einer gefühlsmäßigen Einstellung zu einer Wissenschaft herausgebildet hat, zeigte er zuerst durch den Projektionsapparat ein hypnotisches Schriftbild. Dies hypnotische Schriftbild entspricht etwa dreißig Namenszüge, die von einer Frau im Zustand der Hypnose geschrieben worden waren. Es war geradezu erstaunlich, zu sehen, wie sich die Schrift bei jedem einzelnen Namen, der dort aufgeschrieben worden war, wandelte, wie die Putzmacherin Klara Müller eine durchaus andere Schrift hatte, wie der Fürst von Bismarck oder wie der Sänger Enrico Caruso. Die momentane Suggestion, eine Putzmacherin oder der Fürst Bismarck zu sein, war so stark, daß sich das Schriftbild jedesmal in der stärksten Weise veränderte. Gerade durch dieses hypnotische Schriftbild gelang es dem Redner, die Anwesenden davon zu überzeugen, wie stark der Charakter eines Menschen sich in seiner Handschrift ausdrückt, wenn dies sogar bereits bei einer Suggestion der Fall ist.

Vom Allgemeinen zum Speziellen kommend, behandelte der Redner dann die Methode der Beurteilung der Schriften. Schwer zugänglich für die Beurteilung der Schrift ist die unausgeschriebene Schrift, zu der hauptsächlich die Schrift desjenigen gehört, der nur letzten schreibt und dessen Schrift noch nicht ausgebildet ist. Schwer zugänglich für eine Beurteilung der Schriften ist auch die Schönschrift. Sodann ging der Redner auf die äußeren Merkmale der Schriften ein, die einer exakten Beurteilung zugänglich sind. Er betrachtete zuerst die Raumverteilung der Schrift auf dem Papier, die Zwischenräume zwischen den einzelnen Worten, die aufwärts, abwärts oder wellenförmig verlaufenden Schriftzeilen und all die mannigfachen Variationen und Beurteilungsmöglichkeiten, die das Schriftbild bietet bei gleichmäßiger Schrift oder bei der Schrift, die durch starke Druckstellen hervorgehoben ist. Zuletzt behandelte er die Stellung und Ausdrucksformen der einzelnen Buchstaben im Schriftbild. Alle diese verschiedenen Beurteilungsmöglichkeiten lassen es zu, daß man aus der Schrift mit Sicherheit den Charakter des Menschen erkennen kann. Seine Ausführungen wurden durch eine Reihe von Lichtbildern ergänzt und vervollständigt. Ueberaus charakteristisch wirkte zum Beispiel die Schrift des „Propheten" Häusser und eine andere Schrift, die von einem Stockholmer Diplomaten stammte. Nach diesen ausführlichen Darlegungen über Graphologie ließ der Redner eine kurze Pause eintreten, um dann zusammenfassend noch kurz über die anderen Gebiete der Charakterologie zu reden, die leider durch die weit fortgeschrittene Zeit etwas zu kurz wegkamen.

Alles in allem genommen aber muß man feststellen, daß es dem Redner ausgezeichnet gelungen ist, den Stand der modernen Charakterologie als Wissenschaft den Zuhörern verständlich zu machen.

Bemerkenswert an den gesamten Ausführungen des Redners war vor allen Dingen der klare und logische Aufbau seiner Darlegungen und sein Bemühen, die gesamte Charakterologie von allem mystischen und wahrsagerischen Beiwerk zu lösen und die ganze Charakterologie auf den Boden der physiologischen Funktion zu stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0005

Arbeiter-Sport

Die Arbeitersportler für Einheitskomitees und Volksentscheid

Sportkartell Halle fordert Einheitskomitee

Die am 5. Februar stattgefundene Sportkartellsitzung bedeutet einen Fortschritt der gesamten Sportbewegung. Der Vorsitzende, Sportgenosse Oertel, gab sein Programm bekannt. Er betonte, seine Funktion unparteiisch führen zu wollen und verlangte restlose Unterstützung aller Delegierten. Er erwartet von den Zeitungen und Berichterstattern, den Sport eifrig zu unterstützen. Zum Schluß erwähnte er, sämtliche Sitzungen zur bekanntgegebenen Zeit pünktlich beginnen zu lassen.

Es lag ein Eingang zu einer Jugendsitzung vor zwecks Besprechung einer Reduzierung der Fahrpreise. Hierzu wurde Delegierter Krause gewählt. Die Abrechnung vom Olympiade-Film führte zu dem Ergebnis, daß vom Dienstag, dem 2., bis Freitag, dem 5. März, der Film zu günstigem Angebot nochmals im „Volkspark" läuft. Die Delegierten stimmten einmütig zu.

In längeren Ausführungen begründete der Vorsitzende die Eingabe an den Magistrat. Sämtliche Vereine, die dem Sportkartell angeschlossen sind, reichen Gesuche an das Kartell ein. Es muß angeführt und begründet werden, wie weit ein Platz angefordert wird und Zuwendungen finanzieller Art für die Jugend gebraucht werden. Die Gesuche werden gesammelt und zusammen eingereicht. Bis Ende dieser Woche (13. Februar) müssen sämtliche Gesuche an den Sportgenossen Karl Oertel, Bölberger Weg 6, eingereicht sein. Ferner müssen die Kartelldelegierten namentlich aufgeführt werden, damit die Ausweise zur nächsten Sitzung fertig sind. Sämtliche Vereine werden aufgefordert, sich dem Ortsausschuß für Jugendpflege anzuschließen. Vorstehendes wurde einstimmig beschlossen. An den Vereinen wird es liegen, daß der Kartellvorstand recht bald zum Arbeiten kommt.

Im Verschiedenen hörten wir den Bericht der Revisoren. Die Kasse schließt mit 761 Mark Ueberschuß ab. Die Entlastung wird einstimmig erteilt. Dann folgte ein Bericht über die weltliche Schule. Weiter lag ein Projekt vor, eine Auskunftsstelle des Kartells zu schaffen. Eine Delegation zum Bundestag des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes nach Hamburg, wurde abgelehnt. Ein Antrag Bandermann, einen offiziellen Bericht des Kartells über jede Sitzung zu veröffentlichen und die Pressberichterstatter nicht mehr zuzulassen, wurde abgelehnt.

Folgender Antrag Pezold wird einstimmig angenommen:

Die am 5. Februar im „Volkspark" tagende außerordentliche Sportkartellsitzung fordert den ADGB., sowie die KPD. und SPD. auf, sobald wie möglich ein Einheitskomitee in Halle ins Leben zu rufen, zur Durchführung des Volksentscheids gegen eine Fürstenabfindung. Die Delegierten geloben, alles einzusetzen, damit diese Abstimmung zu unseren Gunsten ausfällt.

Zum Schluß forderte der Berichterstatter-Obmann Pabst auf, jedes Vorkommnis, in welchen bürgerliche Vereine versuchen, Sportgenossen aus unseren Reihen zu sich herüberzuziehen, ihm sofort zu melden. P.

Fichte-Halle unterstützt den Kartellbeschluß

Wir erhalten folgende Entschließung zur Veröffentlichung:

Die am Sonnabend, dem 6. Februar, stattgefundene Vorstandssitzung des Turn- und Sportvereins Fichte, Halle, unterstützt den Kartellbeschluß zur sofortigen Gründung eines Einheitskomitees in Halle zwecks Durchführung des Volksentscheids gegen eine Fürstenabfindung. Sie fordert von ADGB., KPD. und SPD. sofortige Stellungnahme.

Turn- und Sportverein Bölberg-Wörmlitz für Volksentscheid

Der Turn- und Sportverein Bölberg-Wörmlitz faßte folgende Entschließung:

„Die am 6. Februar im Gasthof zu Wörmlitz stattgefundene Versammlung des Turn- und Sportvereins Bölberg-Wörmlitz stellt sich geschlossen hinter den Volksentscheid und wird sich mit der größten Aktivität für die genannte Sache einsetzen, damit den Fürsten auch kein Pfennig ausgezahlt wird."

Auch Sportkartell Tagewerben für Volksentscheid

Uns geht folgende Entschließung zur Veröffentlichung zu:

„Die am 30. Januar 1926 in Reichardtswerben b. Weißenfels tagende Sitzung des Sportkartells Tagewerben, Markwerben und Umgegend (Mitgliederbestand 292) unterstützt die Kundgebung zur Durchführung eines Volksentscheides gegen die Fürstenabfindung. Sie erwartet von den proletarischen Organisationen, insbesondere der Sportbewegung, sich dieser Kundgebung anzuschließen und dahin zu wirken, daß das Reichsnotgesetz Maßnahme Vermögen zur Linderung der Not der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Kleinrentner, Kriegshinterbliebenen und -beschädigten verwendet wird."

Sportnachrichten

Giebichenstein 1. — Fr. Turner Jeßnitz 1. 4:1 (3:0)

Am gestrigen Sonntag standen sich obige Mannschaften im Gesellschaftsspiel gegenüber. Der Boden war durch den Regen schwer und ließ ein einwandfreies Spiel nicht zu. G. hat Anstoß und setzt sich in des Gegners Hälfte fest. Nach kurzer Zeit landet Linksaußen durch scharfen Schuß ein. G. drückt immer mehr, kann die Führung noch nicht erzielen. Ohne Tore geht es weiter, jedoch läßt das Spiel wegen des schweren Bodens an Tempo nach. Trotzdem kann G. noch das vierte Tor treten. Jeßnitz geht zum Endspurt über und kann durch Rechtsaußen das Ehrentor treten. G. kann durch ungenaues Spiel keinen Erfolg mehr erzielen. Das Spiel war fair. Der Schiedsrichter Schröder (Trotha) leitete einwandfrei.

Wörmlitz 1. — Sportbrüder 1.

Um 3.15 Uhr gab der Schiedsrichter den Ball auf dem ziemlich tiefhängen Boden frei. In den ersten Minuten Mittelfeldspiel. In der 20. Minute kann der Mbr. durch Kaschejen das erste Tor erzielen. Eine Flanke von rechts kann der Halblinke der Schwarzgelben zum zweiten Tor verwandeln. W., sich jetzt tüchtig ins Zeug legend, kann durch Ueberlegen der guten Torgelegenheiten nicht ausnützen. Vier Minuten vor Halbzeit erzielt der Mbr. Sportbrüders durch einen schlecht abgewehrten Ball das dritte Tor. Halbzeit 3:0. In der zweiten Halbzeit erzielt W. durch scharfen Durchbruch des Halbrechten das längst verdiente Ehrentor. Eine Viertelstunde vor Schluß kann der Halblinke der Schwarzgelben das Resultat auf 4:1 stellen. Beide Mannschaften konnten durch die schlechten Bodenverhältnisse nicht ihr ganzes Können zeigen. Ebenverhältnis 5:5.

ASC. 1. — Viktoria 1. 7:1 (2:0)

Sportgenosse Stürmer pfift das Spiel 5.20 Uhr an. Nach Anpfiff erfolgt ein lebhafter Auf und Ab. Wir nur Halbzeit ein ziemlich gleichwertiges Spiel. In dieser Zeit konnte ASC. zwei Tore buchen. Nachdem nun ASC. immer mehr zeigt, was auch durch Tore zum Ausdruck kam. ASC. führte bis 17 Minuten vor Schluß mit 7:0. Nachdem erzielt Viktoria das Ehrentor. Das Resultat entspricht nicht ganz dem Spielverlauf. Schiedsrichter war gut.

ASC. 2. — Passendorf 1. 9:0 (4:0)

Spielverlauf entspricht dem Resultat. Erste Halbzeit war das Spiel fast ausgeglichen. Nachdem das Resultat immer höher geschraubt wurde, verlieh Passendorf dem Spiel eine ziemlich scharfe Note. Es were im Interesse unserer Bewegung zu wünschen, wenn die Anderseiten gegenüber dem Schiedsrichter in Zukunft unterbleiben. Schiedsrichter leitete sein Amt nach bestem Können.

Am gestrigen Sonntag war im Fußball sowie Handball Hochbetrieb.

Reserve 1. schlug Gröbers 1. mit 4:2.

Kröllwitz 1. triumphierte über Ammendorf 1. mit 11:0.

Sportlust 1. — BVG. Trotha 1. 1:2 (0:2).

Sportlust 2. — BVG. Trotha 2. 0:1 (0:1). Sportlust spielte die letzten 20 Minuten nur mit acht Mann.

Giebichenstein 2., nur mit acht Mann, verlor gegen Diemitz 2. 8:0.

Asknia 2. gewann gegen Gröbers mit 2:0.

Kröllwitz 2. — Ammendorf 2. 5:4.

Wörmlitz 2. war überraschender und konnte im Meisterschaftsspiel der 2. Klasse Fichte 2. mit 9:0 besiegen.

Viktoria 3. — ASC. 3. 3:3.

Kröllwitz 3. — Ammendorf 3. 0:4.

Giebichenstein 3., auch nur acht Mann, verlor gegen Fortuna 3. 7:1.

Giebichenstein Jugend — Jeßnitz Jugend 0:1.

Asknia Jugend verlor gegen Ammendorf Jugend mit 4:2.

Viktoria Jugend — ASC. Jugend 0:4.

Wörmlitz Jugend — Minerva Jugend 4:1.

Sportlust 1. Jugend — BVG. Trotha 1. Jugend 7:0 (1:0).

Sportlust 2. Jugend — Fichte 2. Jugend 2:6.

Handball

Othello 1. — Fichte 2. 0:1 (0:0)

Am harten rauhen Kampf standen sich obige Mannschaften im Serienspiel gegenüber. Mit dem Anpfiff F. legt ein scharfes, aber faires Spiel ein. Beide Mannschaften wußten, um was es geht. Beiderseits gute Angriffe, aber die Hintermannschaften klären gut. F. drückt leicht. Linksaußen geht das Spiel weiter. Zählbares kann aber nicht erzielt werden. Halbzeit 0:0. Nach der Pause wurde die flotte Spielweise beibehalten. F. hat den Wind im Rücken und entwickelt ein prachtvolles Spiel. Scharf geht es auf des Gegners Tor, und in der 38. Minute kann der Ch. von F. unhaltbar einsenden. Othello verlegt gleichzuziehen, doch umsonst. Im Verlauf des Spieles mitte ein Spieler von O. vom Platz verwiesen. Im Interesse des Arbeitersportes liegt es etwas nicht. Beim Stande von 1:0 für F. ertönt der Schlußpfiff. Der Schiedsrichter Bausch setzte durch Umsicht und Korrektheit dafür, daß sich das Spiel trotz aller Schärfe in den Grenzen des Erlaubten hielt, so daß das Spiel ein voller Erfolg für unsere Bewegung war.

Giebichenstein Sportlerinnen — Fichte Sportlerinnen 0:0

Gestern standen sich obige Mannschaften im Serienspiel gegenüber. Mit etwas Verspätung und etwas schwerem Boden begann das Spiel, und trieb der Ueberlegenheit von G. kam nur ein Unentschieden zustande. G. hat Anwurf und setzt sich einige Zeit in der Hälfte von F. fest. Verteidigung und Torwart von F. haben reichlich viel Arbeit zu erledigen. Auch F. macht jetzt Vorstöße, kann nichts erreichen. G. drängt wieder in die Fichte-Hälfte vor. Beide Mannschaften spielen fleißig in Abwehr und Angriff, doch keiner hat Erfolg.

Nach Halbzeit hat F. Anwurf, kommt aber nicht weit, und nun ist G. [illegible] und hat den Wind im Rücken. F. deckt vorzüglich, so daß es G. schwer [illegible] einem Erfolg zu kommen. Trotz der Mißerfolge im Torwurf auf den Wind [illegible] das Spiel seinem Ende nahe, kommt doch das Tempo zum Ausdruck, [illegible] Mannschaften stellen den Endspurt auf Sieg. Nun ertönt der Schlußpfiff [illegible] ein zuhören, sollten an Momenten reiches Spiel, was durch das [illegible] zum Ausdruck kommt. Der Schiedsrichter war gut.

Fichte 1. — Sportlust 1. 11:0.

Wörmlitz 1. — Schwimmer 1. 3:2.

Löbnitz 1. — Asknia 1. 3:2.

ASC. 1. — Ammendorf 1. 3:2.

Adler 1. — Achilles 1. 3:3.

ASC. 2. — Zahn Merseburg 0:2.

Wörmlitz 2. — Achilles 2. 2:0.

Fichte 1. Jugend — Kietleben Jugend 5:0

Löbnitz 1. Jugend — Ammendorf 1. Jugend 1:0.

Minerva 1. Schüler — Atlas 1. Schüler 1:0.

Wörmlitz Schüler — Achilles Schüler 0:1.

Schwimmer Sportlerinnen — Minerva Sportlerinnen 1:1.

Sportlust Sportlerinnen — Kröllwitz Sportlerinnen 0:1.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Serienspiele für Sonntag, den 14. Februar

1. Klasse. 3 Uhr Fichte auf Kietleben 1. — ASC. 1., Kietleben (Schwimmer).

2. Klasse. 4 Uhr Fichte 2. — Asknia 1., Fichte (Ammendorf); 12 Uhr [illegible] gegen Othello 1., Peißnitz (Achilles); 1½ Uhr Löbnitz 1. — Merseburg 1. (Fichte).

Sportlerinnen. 10½ Uhr Fichte — Sportlust, Fichte (Dölau); 1 Uhr Giebichenstein gegen ASC., Peißnitz (Othello).

Gesellschaftsspiele für Sonntag, den 14. Februar

3 Uhr Fichte 1. — Ammendorf 1., Fichte (Köthen, Asknia); 10 Uhr Sportlust gegen Adler 1., Sportlust (Scupt, Kietleben); 2 Uhr Wörmlitz 1. — Schwimmer (Wörmlitz, Moscheck, Ammendorf).

2. Klasse. 1 Uhr Ammendorf 2. — Atlas 1., Ammendorf (Diemitz); 2 Uhr [illegible] auf Kietleben 2. — Peißen 1., Kietleben (ASC.); 11 Uhr Diemitz 1. — [illegible] Diemitz (Fichte); 3 Uhr Wörmlitz 2. — Wasserfortverein Ammendorf 1. [illegible] (Achilles); 10 Uhr Schafstädt 1. — Wiedersa 1., Schafstädt (Merseburg).

Sportlerinnen. 1½ Uhr Minerva — Achilles, Minerva (Fichte).

Jugend. 2 Uhr Merseburg 1. Jugend — Ammendorf 1. Jugend, [illegible] (Atlas); 10 Uhr Frisch auf Kietleben Jugend — Dölau Jugend, Kietleben (Fichte).

Schüler. 1 Uhr Giebichenstein Sch. — Minerva Sch., Peißnitz (Atlas); Adler Sch. — Schwimmer Sch., Sportlust (Minerva); 10 Uhr Frisch auf Kietleben Sch. — Achilles Sch., Kietleben (Schwimmer); 1 Uhr Wörmlitz Sch. — [illegible] (Ammendorf).

Achtung! Mittwoch, den 10. Februar, abends 8½ Uhr, Spielausschuß, Handballausschuß und Prüfungsausschuß Sitzung bei Freundlich, Merseburger Straße (Locks Hof). Erscheinen um pünktliches Erscheinen. J. A.: P. [illegible]

Fichte, Halle (Handball). Dienstag, den 9. Februar, Spielausschußsitzung. [illegible] Aufstellung hat ein jeder Spielführer zu erscheinen. Pünktlich 8 Uhr bei [illegible]

Sportklub Ost-Leipzig 1. — 03 Bitterfeld 1. 0:5

Nach Anfang entwickelt sich ein flottes Spiel, welches 03 die Halbzeit [illegible] für sich entscheiden konnte. Nun ließen die Gäste merklich nach. Bitterfeld [illegible] das Resultat bis zum Schluß auf 5:0 stellen. Der Schiedsrichter war gut.

Riemegk 1. — 03 Bitterfeld 2. 2:2.

Sportklub Ost-Leipzig 3. — 03 Bitterfeld 3. 1:2.

Leipzig-Lindenthal 1. — Sportverein Sandersdorf 1. 2:7.

Bühnen-Schauturnen in Bitterfeld

Am 31. Januar veranstaltete die 1. Gruppe im 8. Bezirk, 2. Kreis, des [illegible] Turn- und Sportbundes im „Gesellschaftshaus" in Bitterfeld ein Bühnenturnen. In Erwartung eines kunstreichen Abends war die Veranstaltung [illegible] besucht. Die Veranstaltung wurde durch den Gruppen-Spielmannszug [illegible] Mühlenstein „Hoch Heidecksburg" eingeleitet, worauf der Turnwart [illegible] gesprochen wurde. Hierauf begannen die einzelnen Vereine mit ihren Vorführungen. Mühlenstein zeigte Stab- und sehr gute Nachtübungen [illegible] wartete mit Reigen- und Gelenkübungen auf. Gelpke [illegible] mit seinen Bisitübungen, ebenso Bitterfeld mit seinen elektrischen [illegible] schwingen, Uebungen am großen Ring und Expanderübungen. Die Turner von Wolfen waren mit ihren Uebungen am Barren und Reckübungen [illegible] Kreuzer — Greifenhain 1. Jugend, Wolfen 1. Jugend, Bitterfeld 1. Jugend und ihre Brunnengruppen. Die Gebrüdertugend der Holzweißigerinnen und Kietzbüttgen der Turner waren auch gut. Eine Gruppenübung Barren und Reck vervollständigte das Programm. Die Ansprache des [illegible] forderte auf, rastlos weiter zu arbeiten, um alle Arbeiter für die Arbeitersport zu gewinnen.

Freie Turnerschaft Gießen (Handball)

Frühjahrsserie im Reißball ab 14. Februar

Die Spiele fallen wie folgt: Sonntag, den 14. Februar: Gießen 1. — [illegible] in Schleußig um 11 Uhr, Gießen 2. — Jäßchen 1. in Jäßchen um 2 Uhr, [illegible] Jugend — Taucha 2. Jugend in Taucha um ½1 Uhr. Sonntag, den 21. [illegible] Gießen 1. — Crottewitz 1. in Gießen um ½4 Uhr, Gießen 2. — Kleinzschocher in Gießen um ½5 Uhr, Gießen 1. Jugend — Tammenhain 1. Jugend in [illegible] Großzschocher um 3 Uhr. Sonntag, den 28. Februar: Gießen 1. — Großzschocher 1. in Großzschocher um 3 Uhr, Gießen 2. — Plagwitz 2. in Plagwitz um 2 Uhr, [illegible] Gießen 1. Jugend — Wahren um 10.30 Uhr. 2. Sonntag, den 7. März: Gießen 1. — Altranstädt 1. in Gießen um 3 Uhr, Gießen 2. — Lützen 1. in [illegible] um 2 Uhr. Sonntag, den 14. März: Gießen 1. — Gautzsch 1. in Gautzsch um [illegible] Gießen 2. — Schleußig 2. in Gießen um 11 Uhr. Sonntag, den 21. März: [illegible] gegen Jäßchen 1. in Gießen um 2 Uhr, Gießen 2. — Leutzsch 1. in Leutzsch um 2 Uhr. Sonntag, den 28. März: Gießen 1. — Torgau 1. in Kleinzschocher um 4 Uhr, Gießen 2. — Anmeishain 2. in Anmeishain um 11 Uhr. Sonntag, den 11. April: Gießen 1. — Greitzsch 1. in Greitzsch um 3 Uhr. Sonntag, den 18. April: Gießen 2. — Wachau 1. in Wachau um 3 Uhr. Somit hat die 1. Mannschaft 7 Spiele in der 1. Klasse auszutragen, die 2. Mannschaft neun Spiele in der 2. Klasse und die 1. Jugend drei Spiele in der 2. Jugendklasse.

33]

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

Am folgenden Abend schickte David Black den Neger nach Mariposa. Dieser machte, als er den Befehl vernahm, ein etwas enttäuschtes Gesicht, gehorchte aber sofort.

Der Arzt empfing Mariposa im Arbeitszimmer und das Mädchen schauderte beim Betreten des Raumes. Da sie das letzte Mal hier gewesen war, hatte auf dem Sofa ein Toter gelegen.

„Sind Sie Mariposa?" fragte David Black.

„Ja."

„Setzen Sie sich. Mariposa, Sie schrieben vor kurzer Zeit einen Brief an mich."

Das Mädchen starrte ihn verblüfft an.

„Ich ... ich hätte Ihnen einen Brief geschrieben? Ich kenne Sie ja gar nicht."

„Dennoch schrieben Sie mir, und ich kam her, um Ihnen persönlich die Antwort zu bringen."

„Die Antwort?" stammelte Mariposa.

„Ja, die Antwort. Hoffentlich auch die Rettung, um die Ihr Brief flehte."

In ihren Augen begann Verständnis aufzuleuchten.

David Black öffnete seine Brieftasche und reichte dem Mädchen den schmalen Papierstreifen, der ihre Unterschrift trug.

Vierzehntes Kapitel

Eine junge Dame bringt ihre Großmutter aufs Land

Jack Benson verbrachte einige Tage auf Jonathan Smiths Farm. Die Versammlung wurde heimlich in einem Walde abgehalten und zahlreiche neue Mitglieder meldeten sich an. Als Benson in der Farm darüber berichtete, sprach Fred Mannister, der mit verbundenem Fuß auf einem Sofa lag: „Sie können auch mir eine Mitgliedskarte ausstellen, Benson."

„Sie sind wohl verrückt geworden, Mensch?"

„Nein, aber ich habe allen Ernstes vor, Farmer zu werden."

Jack Benson lachte und meinte mit einem Blick auf Daisy:

„Glauben Sie, daß das eine unumgängliche Bedingung sein wird?"

„Was fiel Dir eigentlich ein, Fred?" fragte Daisy am Abend. Die anderen waren bereits zu Bett gegangen; Mannister, den die Schmerzen im Fuß nicht schlafen ließen, liebte es, länger aufzubleiben, und Daisy pflegte ihm Gesellschaft zu leisten? „Was fiel Dir ein? Weshalb in aller Welt willst Du Farmer werden?"

„Weil Du meinen Beruf nicht als ehrliche Arbeit anerkennen willst, Daisy", lautete die unerwartete Antwort.

Das Mädchen errötete. „Das habe ich nie gesagt."

„Aber angedeutet."

„Unsinn. Du hast bewiesen, Fred, daß Du ebensogut zu arbeiten und zu kämpfen verstehst wie wir."

Ihre Stimme klang weich und auf ihrem Gesicht lag ein fast zärtlicher Ausdruck.

„Außerdem", fügte sie nach einer Weile etwas verlegen hinzu, „kann Dir an meinen Ansichten doch wirklich nicht so viel liegen."

Mehr als an denen aller anderer Menschen, Daisy."

„Ich wüßte nicht, weshalb."

„Weil ich Dich liebe, Daisy. Weil es mein sehnlichster Wunsch ist, Dich zur Frau zu haben, gemeinsam mit Dir für die neue Ordnung zu arbeiten, unsere Kinder zu Bürgern eines sozialistischen Staates ..."

Daisy lachte hell auf.

„Fred, Du gehst wirklich etwas zu rasch vor. Ich sagte noch gar nicht „Ja" und Du sprichst schon von den Kindern."

„Aber Du wirst „Ja" sagen; nicht wahr, Liebste. Ich bin ein einsamer Mensch, Daisy, ich brauche Dich. Du bist für mich alles."

Sie blickte ihm in die Augen.

„Ja, Fred, ich liebe Dich, will Deine Frau werden."

Sie neigte den Kopf zu ihm nieder und bot ihm die frischen jungen Lippen zum Kuß.

Zwei Tage nachher leuchte ein geschlossenes Automobil die kleine Anhöhe hinan, auf der die Farm lag. Der Lenker sprang vom Sitz und half einer dichtverschleierten Frauengestalt aussteigen. Dann eilte er ins Haus und traf Mannister, der eben, auf zwei Stöcke gestützt, aus der Küche gehumpelt kam. Der Fremde trat auf ihn zu:

„Mein Name ist David Black, ich möchte Herrn Mannister sprechen."

„Ich bin Fred Mannister."

Der Fremde rief hinaus:

„Kommen Sie herein." Und die tief verschleierte Gestalt hastete ins Vorzimmer.

Mannister starrte die beiden Fremden erstaunt an. „Wollen Sie mir bitte sagen..."

Die Worte erstarben ihm auf der Zunge, denn die Frau warf den Schleier zurück und streckte ihm beide Hände entgegen: „Fred!"

Mannister taumelte zurück, ließ beide Stöcke fallen und [illegible] merte sich, eine Stütze suchend, an den Türpfosten.

„Ethel!" und er fügte, nicht gerade sehr geistreich, hinzu: „Du bist doch tot?"

Ethel Bright brach in nervöses Lachen aus.

„Ja, Fred, für meine Eltern, für die Welt bin ich tot, doch [illegible] für meine Freunde. Herr O'Keefe hat mich aus Golden Bo[illegible] rettet, Dr David Black aber verbarg mich einige Tage in [illegible] hassee und brachte mich dann mit dem Auto her. Glaubt Du [illegible] Deine Freunde mich aufnehmen werden?"

„Selbstverständlich!" rief Mannister, der sich nun bereits [illegible] gefaßt hatte. Er rief Daisy aus der Küche und diese führte [illegible] in ihr Zimmer.

Am Abend berichtete Ethel ihre Abenteuer. Mannister [illegible] die Stirn, als das Mädchen von ihrem Zusammentreffen mit [illegible] alten Mann berichtete, den sie für John Mannister [illegible] wollte etwas sagen, schwieg aber dann doch.

Ethel jedoch schien seine Gedanken erraten zu haben.

„Sprich nur ruhig, Fred. Ich weiß, was Du denkst. [illegible] Eltern, oder zumindest mein Vater, hat an Onkel John ein [illegible] brechen begangen und fürchtete, dies könnte durch mich [illegible] werden."

Mannister nickte: „Aber welchen Grund konnte er haben [illegible] guten, harmlosen Mann etwas anzutun?"

„Das begreife auch ich nicht," erwiderte Ethel.

„Fräulein Bright", fragte Daisy unvermittelt, „Ihr Vater [illegible] doch erst durch dieses Schönheitsmittel, dieses EJUS, [illegible] nicht wahr?"

„Ja." Ethel blickte das andere Mädchen verständnislos [illegible] „Erinnern Sie sich noch, wann das Mittel zuerst auf [illegible] kam?" fuhr sie Daisy fort.

„Ich glaube, vor fünf Jahren."

Mannister starrte Daisy an. „Du glaubst, Daisy, Du [illegible]

„Erinnere Dich an die Erfindung Deines Vaters, Fred, [illegible] findung, die er geheimhalten wollte, weil ihre Herstellung [illegible] gesundheitsschädigende Wirkung haben würde ... [illegible] Dich noch, daß er an meinen Vater schrieb: „Gibt es [illegible] Menschen, die verbrecherisch genug wären, meine Erfindung [illegible] zubeuten, ohne an das Wohl der dabei beschäftigten [illegible] denken?" Wenn nun diese Erfindung mit dem EJUS [illegible] hinge, wenn Herr Bright ..." Sie stockte, mit einem [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260208-18/fragment/page=0006